

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 2. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 18

Lohnabbau und Wirtschaftsbelebung

Durch Lohnabbau zur Senkung der Selbstkosten. Durch Selbstkostenreduzierung zum Preisabbau. Durch Preisabbau zur Steigerung des Absatzes, zur Wirtschaftsbelebung. Auf dieser Linie bewegen sich seit vielen Monaten die wirtschaftspolitischen Gedankengänge, mit denen man die Lohnabbauwelle in Deutschland rechtfertigte. Sowohl die Unternehmer wie auch die bürgerlichen Regierungsvertreter erwiesen sich als eifrigste Befürworter der Lohnsenkungsaktion.

„Deutschland muß rechtzeitig den Anschluß an die Entwicklung der Weltwirtschaft finden, die durch Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer- und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so werden die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden.“

So heißt es wirklich im Reformprogramm der Brüning-Regierung.

Fast in jedem Wirtschaftszweig und in jedem Beruf hat man diese Lösung in die Tat umgesetzt. Man hat nicht nur die über-tariflichen Verdienste, sondern auch durchweg die Tariflöhne erniedrigt, obwohl das Existenzminimum vieler Arbeiter infolge Kurzarbeit schon erheblich gesunken war. Kurzum, man hat der Arbeiterschaft gewaltige Opfer aufgebürdet und glaubt, diese damit verantworten zu können, indem man den Lohnabbau als Geburtswehe für die erstrebte Wirtschaftsbelebung bezeichnet. Wie sieht es nun mit der Wirtschaftsbelebung aus? Grundtätig und theoretisch bedeutet ein Lohnabbau mit gleichzeitiger Preisreduzierung im Rahmen der Volkswirtschaft keine Veränderung, da auf diese Weise die Kaufkraft bzw. der bisherige Konsum nicht verändert wird. Die Senkung des inländischen Preisniveaus kann einzig und allein durch den Zweck verfolgt werden, durch Steigerung des ausländischen Absatzes eine Wirtschaftsbelebung herbeizuführen. Kann — wohlgerne! Denn die durch den Lohnabbau geschaffene Chance für vermehrten Auslandsabsatz wird nur dann wirksam, wenn die übrigen Staaten bei dem alten Lohn- und Preisstande verharren. In dem Augenblick aber, in dem auch die übrigen Staaten die Löhne und Preise gleichfalls senken, wird diese Hoffnung zunichte. Es tritt dann der Zustand ein, daß genau wie vorher im volkswirtschaftlichen Rahmen nun vielleicht im europäischen Ausmaße das Lohn- und Preisniveau allgemein gesenkt wird. Durch diese allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus wird aber das frühere Verhältnis von Gütererzeugung und Güterverbrauch nicht verschoben, weil die durch den Preisabbau geschaffene zusätzliche Kaufkraft durch den Lohnabbau aufgehoben wurde. Man hat also bestenfalls durch die Senkung des volkswirtschaftlichen Preisstandes — wie es in der Regierungserklärung heißt — nur den „Anschluß“ an den veränderten Weltmarkt gefunden. Keineswegs hat man aber damit eine „Belebung der Produktionsstätten“ erreicht. Grundtätig erweist sich somit dieser Weg nicht als geeignet, die Wirtschaft zu beleben. Im Gegenteil, eine Verschärfung des ausländischen Wettbewerbes mit Hilfe einer Lohnsenkung ist geeignet, die Wirtschaftsnot zu vergrößern.

Inwieweit der Lohnpolitische Bergrutsch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Gefahrenzonen praktisch erreichen wird, bleibt daher abzuwarten. Der saisonmäßige bedingte Rückgang der Arbeitslosenziffern, wie er auch in den Arbeitslosenziffern des Steinarbeiterverbandes zum Ausdruck kommt, hat damit nichts zu tun. Nachdem in den verschiedensten Staaten, wie England, Belgien und Frankreich, ganz abgesehen von Italien, die Lohnabbauoffensive in vollem Gange ist, kann schon jetzt gesagt werden, daß die von dieser Seite erhoffte Wirtschaftsankurbelung ausbleiben wird. Damit wird sich auch erweisen, daß die von den Gewerkschaften vertretene Auffassung, nämlich, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nur durch die Belebung des Inlandmarktes, das heißt, durch Stärkung der einheimischen Kaufkraft, die einzig richtige ist. Diese notwendige Stärkung der Kaufkraft und Wirtschaftsbelebung wird aber nicht dadurch geschaffen, indem die Unternehmer fortgesetzt nach weiterem und noch größerem Lohnabbau rufen. Zu einem grotesken Widerstand wird aber dieser Ruf nach Lohnsenkung dann, wenn man zur Begründung neuer reaktionärer Maßnahmen auf den Lohnabbau des Auslandes verweist. So grenzt es beispielsweise geradezu an wirtschaftspolitischen Irrsinn, wenn in dem Organ der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammer, dem Wirtschaftsblatt „Rhein und Ruhr“ nach einer Revue des Lohnabbaues im Auslande folgendes festgestellt wird:

„Dabei ist nicht zu vergessen, daß auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen in der Arbeiterschaft die innere Neigung zu einem großzügigen Experiment der Lohnherabsetzung eher vorhanden ist als an einem Festhalten an dem bisherigen Lohnsystem.“

Die deutsche Arbeiterschaft dankt für solche „großzügige Experimente“. Sie hat auch nicht die geringste innere Neigung, weitere Verschlechterungen über sich ergehen zu lassen. Wer keine Katastrophe, sondern den Weg aus der Krise will, wird vielmehr gut tun, die Warnung und den Mahnruf der freien Gewerkschaften eingehend zu beachten. In dieser einmütigen Willensäußerung (Beschluß der letzten Bundesausschusssitzung) heißt es:

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und stattdessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.

Zum Abschluß des Steinsektartarifes für Bayern

(Chr. Sch.) Es bleibt Geschichtsschreibern vorbehalten, die durch Inflation und Wirtschaftskrise ganz besonders erschwerenden Aufgaben der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit chronologisch festzuhalten und in goldenen Lettern der Gewerkschaftsgeschichte einzuzureiben. Auszüge aus dieser Periode einer kampferfüllten Zeit sind heute nur insoweit möglich, soweit es sich darum handelt, den Gewerkschaftsmitgliedern einwandfrei vor Augen zu führen, aus welchen Gründen die Maßnahmen der Gewerkschaften gerade so und nicht anders getroffen werden mußten. Dieser Aufgabe sollen auch die nachstehenden Zeilen über den Abschluß des neuen Landestarifes für das Steinsektorgewerbe dienen, weil auch hier lebhaftes Bedenken aus Kollegenkreisen gegen diesen Abschluß zum Ausdruck gebracht wurden und weil es leider nicht möglich ist, diese Bedenken durch mündliche Aufklärung restlos zu klären. Der weitere Zweck dieser Zeilen besteht auch darin, aus den gemachten Erfahrungen die notwendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Daß es gerade aus dieser Bewegung für die Zukunft recht viel zu lernen gibt, darüber dürfte wohl volle Übereinstimmung innerhalb aller beteiligten Kollegen bestehen.

Der Vorgänger des neuen Landestarifes war bereits zum 31. Dezember 1929 gekündigt. Die ersten, am 3. März 1930 in Regensburg gepflogenen Verhandlungen zum Neuabschluß dieses Tarifes führten zunächst zu dem Ergebnis, daß die Gültigkeitsdauer des bereits abgelaufenen Tarifes durch eine Vereinbarung solange verlängert wurde, bis die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichsarbeitsvertrages ihren Abschluß gefunden haben. Dessenungeachtet hat es in Bayern an weiteren Verhandlungen zu dem Zweck einer Verständigung nicht gefehlt. Eine überraschende Wendung im Gang der Dinge trat plötzlich durch eine Verhandlung am 15. April 1930 dadurch ein, daß die Unternehmer am Schluß dieser Verhandlung die Erklärung abgaben, daß ab 15. April 1930, 18 Uhr, der tariflose Zustand eingetreten sei. Diese Erklärung hatte zunächst auf Grund der am 3. März 1930 getroffenen Vereinbarung eine Feststellungslage zur Folge, die mit dem Ergebnis endete, daß der alte Tarifvertrag ab 20. Juni 1930 als abgelaufen zu betrachten ist und daß ab diesem Zeitpunkt der tariflose Zustand eintrat. Die Gegensätze spitzten sich durch diesen tariflosen Zustand nun immer mehr zu. Alle guten und bösen Eigenschaften bayrischen Kalibers kamen bei allen weiteren Ver-

handlungen gewollt und ungewollt zum Durchbruch, und zwar mit der Folge, daß beide Parteien nach achtmaligen Verhandlungen am Ende ihres Latens angelangt waren. Geradezu toll waren die Zustände, die sich nach dem Eintritt des tariflosen Zustandes, also nach dem 20. Juni 1930, in mehreren Orten entwickelt haben, und konnte für den Kenner der Verhältnisse auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß sich diese bedauerlichen Folgen des tariflosen Zustandes ganz naturgemäß auch auf den neuabschließenden Tarifvertrag auswirken. Schon durch diese Tatsache allein läßt sich so manche Bestimmung des neuen Tarifes erklären. Vielen Unternehmern kam dieser tariflose Zustand sehr gelegen, sie fanden an der Angebundenheit auf dem Gebiete der Entlohnung sehr großen Geschmack. Auch die allgemeine Geschäftslage, die Übernahme von Akkordarbeiten durch fremde Akkordkolonnen und die fortschreitende Jahreszeit waren Umstände, durch die der Widerstand der Unternehmer zum Tarifabschluß noch ganz erheblich verstärkt wurde. Der Wert einer guten Arbeitnehmerorganisation kommt gerade in solchen Situationen mehr denn je zur Geltung. Als einziger Ausweg aus dieser Sackgasse blieb nur noch die Anrufung des Reichstarisamtes offen und wurde von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht. Wenn auch dadurch das Ziel des Tarifabschlusses nicht erreicht werden konnte, so konnte doch wenigstens eine Vereinbarung dahin getroffen werden, daß die bis zum 1. Dezember 1930 bezahlten Löhne keine weitere Verschlechterung erfahren dürfen, daß ferner so frühzeitig in neue Verhandlungen eingetreten werden muß, um den Tarifabschluß bis spätestens 1. März 1931 zu erreichen. Weiter wurde vorgeesehen, daß das Ministerium, Abteilung Arbeit, den Unparteiischen für ein eventuelles Schiedsgericht bestellen soll. Durch diese Vereinbarung vor dem Reichstarisamt war also die Marschroute für die neuen Verhandlungen im Jahre 1931 klar vorgezeichnet. Wer aber glaubte, daß dadurch alle weiteren Schwierigkeiten behoben werden, mußte eine bittere Enttäuschung erleben. Nicht weniger als 12 Verhandlungen von mehrtägiger Dauer waren auch in diesem Jahre noch erforderlich, bis dieser Tarifvertrag endlich zum Abschluß gebracht werden konnte. Im Vordergrund der ganzen Bewegung standen natürlich auch hier die Lohnsätze, und zwar die Stunden- als auch die Akkordsätze. Der ganze Unternehmerangriff war auf die Reduzierung der bisherigen Lohnsätze konzentriert, und zwar mit der Begründung,

daß Stundenlöhne von 1,50 bis 1,70 Mark und Akkordverdienste bis zu 6 Mark pro Stunde entschieden zu hoch seien, daß die bayrischen Pflastererkolonnen mit diesen Lohnsätzen kugelrund würden und daß solche Lohnsätze selbst von höheren Staatsbeamten nicht verdient werden. Daß die hier erwähnten Akkordsätze in der Höhe von 6 Mark nur von ganz wenigen Pflasterern und auch von diesen nur in sehr seltenen Fällen erzielt wurden, war für die Arbeitgeber ohne jede Bedeutung. Was darüber, wie hoch sich die Lohnsätze für die Herren Pflasterermeister beziffern, schweigt der Sängers Höflichkeit. Eine Einigung über die neuen Lohnsätze war innerhalb der Parteien auch schon deshalb aussichtslos, weil die Arbeitgeber in ihrer Bescheidenheit „nur“ einen Abbau der Lohnsätze um nicht weniger als 30 Pfennig pro Stunde forderten. Zur Regelung der im Vordergrund stehenden Lohnfrage mußte also sofort das Schiedsgericht angerufen werden. Die Bildung dieses Schiedsgerichts verursachte zunächst dadurch Schwierigkeiten, weil das Ministerium die Stellung des unparteiischen Vorsitzenden von der Bedingung abhängig machte, daß dieses Schiedsgericht endgültig über alle Streitfälle des Tarifes entscheiden muß, also auf Deutsch, die Parteien müssen sich von vornherein dem Schiedspruch unterwerfen. Es ist müßig, heute darüber zu streiten, ob unsere Zustimmung zu der vom Ministerium gestellten Bedingung richtig oder unrichtig war. Fest steht nur, daß sich auch kein anderer Schlichter gefunden hätte, der zur Ausübung seines Amtes nicht die gleiche Bedingung gestellt hätte, und weiter steht einwandfrei fest, daß ein Tarifabschluß im Wege der freien Vereinbarung nach Lage der Sache auch in diesem Jahre nicht möglich gewesen wäre. Es gibt also kein Kopfschütteln darüber, ob die Unterwerfung zum Schiedspruch richtig oder falsch war, sondern es gibt nur ein Urteil darüber, ob ein Tarifabschluß erreicht oder ob der tariflose Zustand mit allen seinen verhängnisvollen Folgen auch für dieses Jahr noch weiterhin bestehen bleiben soll. Den weiteren tariflosen Zustand konnte auf Grund der gemachten Erfahrungen innerhalb unserer Lokommission kein Kollege verantworten, und daher auch unsere Zustimmung zu der vom Ministerium gestellten Bedingung. Wenn jetzt durch die vom Schiedsgericht gefällte Entscheidung die bisherigen Stundenlöhne von 1,50 bis 1,70 auf 1,20 bis 1,55 Mark reduziert wurden, so war diese Entscheidung für uns eine ganz außergewöhnliche und auch nicht annähernd erwartete Enttäuschung. Nicht übersehen darf hier aber werden, daß diese Entscheidung trotz ganz erheblicher Lohnreduzierung für die Kollegen in mehreren Orten noch eine ganz erhebliche Lohnerhöhung deshalb darstellt, weil diese Kollegen während des tariflosen Zustandes zu Lohnsätzen gearbeitet haben, die noch ganz wesentlich unter den neu festgesetzten Stundenlöhnen lagen. Ganz toll mag der Gedanke erscheinen, daß der neue Tarifvertrag jetzt im Zeitalter einer außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit auch noch die Akkordarbeit regelt. Zurückzuführen ist diese Akkordregelung wiederum darauf, weil in mehreren Orten, darunter München und Nürnberg, schon bisher im Akkord gearbeitet wurde und weil die Beibehaltung dieser Akkordarbeit und damit die Akkordregelung von der Mehrzahl der Kollegen auch im neuen Tarif gefordert wurde und weil ferner dort, wo bisher eine Akkordregelung nicht bestand, die Ausführung von größeren Arbeiten von den Kollegen trotzdem im Akkord durchgeführt wurde. Bei der Festsetzung der Akkordsätze mußten wir leider die gleiche Reduzierung wie bei den Stundenlöhnen in Kauf nehmen. Dieser Akkordarbeit im Steinsektorgewerbe stehen sehr ernste und vollauf berechnete Bedenken gegenüber. Es ist unbestritten, daß heute die Zement-, Asphalt- und Kunststeinindustrie ihre ganze Kraft auf die Beseitigung des Natursteinpflasters konzentrieren. Dieser ganz außergewöhnlich harte Konkurrenzkampf kann heute nur durch erstklassige Qualitätsarbeit im Steinsektorgewerbe mit Erfolg aufgenommen werden. Wollen wir uns also im Steinsektorgewerbe auch in Zukunft mit Erfolg behaupten und durchsehen, dann darf die Akkordarbeit in diesem Gewerbe auf keinen Fall zu einer Herabsetzung der Qualitätsarbeit führen. Dieser Tatsache müssen wir uns alle bei jeder Arbeitsleistung bewußt sein.

Nicht unerwähnt darf hier noch der Hinweis bleiben, daß jene Kollegen, die bei Akkordarbeit wirklich Verdienste bis zu 6 Mark pro Stunde erreicht haben sollen, ihren Arbeitskollegen damit den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen haben. Auch diese Kollegen müssen endlich begreifen, daß sie mit solchen Verdiensten den Unternehmern zur weiteren Reduzierung der Löhne eine sehr gefährliche Waffe in die Hand drücken, diese Kollegen müssen auch einsehen, daß eine derart übermenschliche Arbeitsleistung nur auf Kosten der Gesundheit möglich ist. Zu wünschen wäre nur, daß dieser Hinweis im Interesse aller Kollegen und deren Familien seinen Zweck für die Zukunft nicht verfehlt. Erfreulich ist, daß auch eine Einigung über den Anteil des Hilfsarbeiterlohnes bei Akkordarbeit durch eine entsprechende Bestimmung erzielt werden konnte und dürften dadurch wirklich unliebsame Streitfälle für die Zukunft vermieden werden.

Eine ganz außergewöhnliche Härte für unsere Kollegen bestand bisher darin, daß die Unternehmer zur Einsparung der Ueberlandzuschläge für auswärtige Arbeiter einfach ganze Akkordkolonnen aus dem Reiche zusammengetrommelt und mit diesen Kolonnen die Arbeit ausgeführt haben, während am Orte des Unternehmers noch sehr viele Kollegen erwerbslos waren. Durch den neuen Tarifvertrag können die Unternehmer auswärtige Arbeitskräfte erst dann heranziehen, wenn am Orte des Unternehmers erwerbslose Kollegen nicht mehr vorhanden sind, oder wenn mit diesen erwerbslosen Kollegen eine Einigung über die Zuschläge für auswärtige Arbeiter nicht erzielt wird. Durch diese Bestimmung des neuen Tarifes dürften unbillige Härten auf alle Fälle vermieden werden. Lebhaft zu bedauern ist, daß es durch diesen Tarifabschluß nicht möglich war, auch die Lehrlingsfrage, besonders aber die Entlohnung der Lehrlinge, tariflich zu regeln. Um aber die Lehrlinge und deren Eltern während der Lehrzeit vor

Enttäuschungen zu schühen, bleibt nur die Möglichkeit, daß unsere Kollegen bei dem Abschluß von Lehrverträgen dafür Sorge tragen, daß die Entlohnung des Lehrlings im Lehrvertrag eine gerechte und klare Lösung findet.

Leider hat der neue Tarifvertrag einen sehr großen Umfang auch noch dadurch erreicht, weil die Unternehmer daran festhielten, daß die wichtigsten Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages auch im Landestarifvertrag verankert werden. Die nähere Erläuterung der übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein. Wenn unseren Kollegen in den nächsten Tagen der neue Tarifvertrag in die Hand gedrückt wird, dann dürfen die Kollegen diesen Tarifvertrag nicht etwa als eine Willens- und Zusage unserer Lohnkommission betrachten, sondern die Kollegen müssen sich darüber klar sein, daß dieser Tarifvertrag nur das Ergebnis unserer Bemühungen darstellt.

10 Jahre Akademie der Arbeit

Am 3. März 1921 wurde zwischen dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aller Richtungen ein Vertrag abgeschlossen, der die Akademie der Arbeit begründete.

Die Staatsumwälzung in Deutschland hat die Arbeiterschaft vor die Aufgabe gestellt, positiv an der Neugestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens mitzuwirken. Fruchtbare Arbeit in diesem Sinne für die moderne Arbeiterbewegung kann jedoch nur geleistet werden, wenn der große Fragentypus Staat, Wirtschaft und Recht beherrscht wird.

Die Akademie der Arbeit ist nicht dazu berufen, die Lücken einer mangelhaften Volksschulbildung auszufüllen, sondern hat die Aufgabe, Männer und Frauen aus dem Arbeitsleben (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zur verantwortlichen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung hochschulmäßig heranzubilden. Vorausgesetzt wird eine bestimmte Berufsausbildung, längere Berufserfahrung und möglichst schon öffentliche Tätigkeit. Die Altersgrenzen sind 23 und 35 Jahr, jedoch lassen sich geringe Abweichungen nach oben — seltener nach unten — nicht vermeiden. Jeder Bewerber muß vor der Zulassung die geistige Fähigkeit zur Mitarbeit durch Anfertigung von Prüfungsarbeiten erweisen. Zur Vorbereitung auf den ordentlichen Lehrgang ist seit 1927 ein sechs- bis neunmonatiger Fernunterricht eingeführt. Die Teilnehmerzahl ist aus pädagogischen Gründen auf 75 beschränkt. In erster Linie werden die von Berufsverbänden vorgezeichneten Hörer berücksichtigt.

Während der Teilnahme an einem ordentlichen Lehrgang ist eine berufliche Tätigkeit nicht gut möglich. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände tragen deshalb die Studien- und Unterhaltskosten, da es finanziell den meisten Hörern unmöglich ist, sich neun Monate vom Beruf freizumachen, um sich einem regelrechten Studium zu unterwerfen.

Im Verwaltungsausschuß sind die Spitzenverbände der Gewerkschaften, die Universität und die Regierung vertreten. — Die Akademie der Arbeit steht pädagogisch autonom, mit selbständiger Bildungsaufgabe und eigener Lehrmethode in der Frankfurter Universität. Ist weder Fach- noch Parteischule, lehnt aber auch eine sogenannte „neutrale“ Bildung ab. Unter Bejahung und Fruchtbarmachung der sozialen, politischen und weltanschaulichen Gegensätze in der Hörerschaft, zielt die Akademie der Arbeit vor allem auf Erziehung der Urteilsbildung, der Verantwortung und der sachlichen Auffassung der öffentlichen Tatsachen und Aufgaben ab. Ihre Lehrgänge umfassen: Wirtschaftskunde, Recht (insbesondere Arbeits- und Wirtschaftsrecht), Staatslehre und Politik, Gesellschaftslehre, Sozial- und Betriebspolitik, Arbeitswissenschaft und Geschichte.

Die Lehrform ist in erster Linie die Arbeitsgemeinschaft, in zweiter Linie die Vorlesung und das Seminar. Arbeitsgemeinschaften spielen eine wichtige Rolle, weil dabei die Hörer in einem kleineren Kreise stärker zur selbständigen Mitarbeit herangezogen werden, der Unterricht dadurch eindringlich und lebendig gestaltet wird.

Der Lehrkörper besteht aus 4 hauptamtlichen Dozenten: Dr. Ernst Michel (Staatslehre und Politik), Prof. Dr. Erich Kölling (Wirtschaftswissenschaft), Dr. Wilhelm Sturmfels

den Unternehmern alles abzurufen, was unter der gegenwärtig schweren Zeit überhaupt abzurufen war, um dadurch einen weiteren tariflosen Zustand mit all seinen bitteren Folgen zu vermeiden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände wäre es ungerecht, den Mitgliedern der Lohnkommission für ihre Arbeit noch besondere Vorwürfe zu machen. Der Kampf um diesen Tarifabschluß war außergewöhnlich hart und gebührt den im Arbeitsverhältnis stehenden Mitgliedern unserer Lohnkommission dafür Dank und Anerkennung. Wenn jetzt die Kollegen in ganz Bayern ohne jede Ausnahme auch ihre Pflicht zur reiflichen Durchführung des Tarifvertrages im gleichen Maße wie die Mitglieder der Lohnkommission erfüllen, dann wird auch der neue Tarifvertrag für unsere Kollegen einen Schutz und Schirm in schwerer Zeit darstellen.

(Gesellschaftslehre und Sozialpolitik), Dr. Franz Meitz (Rechtswissenschaft) und einem Assistenten, Dr. Karl Mayer. Eine Reihe bedeutender Autoritäten wie: Prof. Dr. Singheimer, Prof. Dr. Giese, Prof. Dr. Heimberger, Dr. Ernst Franke und andere sind an der Durchführung des Lehrplanes beteiligt. Für Einzelveorträge sind außerdem noch Männer des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens gewonnen. Auch steht den Hörern der Akademie die Teilnahme an Vorlesungen und Vorträgen der Universität frei. Zur Unterstützung bedürftiger Hörer, die nicht von einem Verband delegiert sind, besteht bei dem „Berein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit“ ein Stipendien-Fonds, aus dem Beihilfen (keine Vollstipendien) gewährt werden können.

In den 10 Jahren ihres Bestehens hat die Akademie der Arbeit auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung für die Arbeiterschaft Hervorragendes geleistet. In 10 Lehrgängen haben insgesamt 630 Hörer die Akademie besucht, davon etwa 30 Frauen. Die früheren Schüler stehen zumeist an verantwortlichen Stellen im Reich, Staat und Gemeinden, man hat sie in Partei und Gewerkschaft vor entscheidende Aufgaben gestellt, wo sie das vermittelte und erarbeitete Wissen im sozialen Kampf des Tages, im Interesse des arbeitenden Volkes verwerten.

Von den 68 Hörern des gegenwärtigen 10. Lehrganges sind 57 freigewerkschaftlich und politisch organisiert, die übrigen gehören den christlichen Gewerkschaften, dem DGB. und dem Deutschen Beamtenbund an.

Nach dem Bildungsprogramm des DGB. sind die Bildungseinrichtungen durch stufenweisen Aufbau des Bildungsganges in einen geordneten Zusammenhang gebracht worden, in dem die Akademie der Arbeit als vorläufig oberste Stufe in Betracht kommt, die allerdings eine gute Auslese vorgequalifizierter Kräfte voraussetzt. Trotzdem fällt es dem Hörer, der aus dem Betriebe kommt, anfangs wohl schwer, den wissenschaftlichen Gedankengängen bis ins kleinste zu folgen und zu verarbeiten. Der Hörer wird sich dabei erst der Lücken seines Wissens so recht bewußt, und er muß unausgeseht an sich selbst arbeiten. Ein wichtiges Moment für das Gelingen hochschulmäßiger Funktionärausbildung ist daher die Auslese der Teilnehmer.

Das Alter, Auffassungsgabe, Vorbildung, praktische Erfahrung, Selbstständigkeit, Urteilsfähigkeit und Eifer bilden eine Voraussetzung für das Gelingen des Lehrganges. Werden nicht die Geeignetesten in die Hörerliste entsandt, müssen die besten Unterrichtsmethoden und -einrichtungen, die fähigsten Lehrer und die größten Kostenaufwendungen nutzlos bleiben. Die Beteiligung an staatlichen Hochschulen und die Fruchtbarmachung akademischer Lehrmittel kennzeichnen die neuen Einrichtungen der Funktionärausbildung. Die Gewerkschaften haben damit einen Weg beschriftet, der bis dahin wenig erprobt wurde. Aber von dem Zeitpunkt ab, an dem die Gewerkschaften nicht nur tatsächlich, sondern auch amtlich anerkannt wurden und rechtlich gestützt als gewichtiger Machtfaktor im Wirtschaftsorganismus auftraten, ist eine Trennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit von den volkswirtschaftlichen Aufgaben der Funktionäre undenkbar.

Wenn auch in letzter Zeit die Gewerkschaften nicht mehr alleiniger Träger der Bildungseinrichtungen sind, so darf nicht angenommen werden, daß sie keinen Wert mehr darauf legen, selbstständig in der Funktionärausbildung zu sein. Die Gründung der

Bundesschule des DGB in Bernau, der noch eine weitere im Westen Deutschlands folgen soll, und die Schulen einzelner Gewerkschaften beweisen das Gegenteil. Manches Vorurteil wird selbst noch innerhalb der Arbeiterbewegung zu überwinden sein, bis die Frage nach dem geeigneten Träger der Funktionärausbildung verdrängt ist. Bei allem Mißtrauen gegen staatliche Schulen (auch in führenden Kreisen der Arbeiterbewegung) ist man sich bewußt, daß vom Können der freigewerkschaftlichen Führer für die Zukunft unserer gewerkschaftlichen Organisation viel abhängt. Die Gewerkschaften kennen sehr wohl den Einfluß, den sie auf allen staatlichen und wirtschaftlichen Gebieten ausüben, sie werden ihn jedoch nur durch geistig hochstehende Funktionäre der Arbeiterschaft geltend machen können. Es würde daher wenig Sinn haben, wenn die Hörer der Akademie der Arbeit sowie anderer staatlicher Schulen das Wissen nur erwerben würden, ohne es wieder zweckentsprechend in der Arbeiterbewegung zu verwerten. Erst im harmonischen Zusammenwirken von Theorie und Praxis, in der Tätigkeit für die Arbeitnehmer, der Wirtschaft und des Staates erfüllen sich Sinn und Zweck dieser großzügigen Erwachsenenbildung. In den 10 Jahren ihres Bestehens ist die Akademie der Arbeit ihrer Aufgabe gerecht geworden, trotz allen Anfeindungen von rechts und links. Emil Pictisch.

Spanien auf dem Wege zum sozialen Volksstaat

Die Zahl der Republiken auf der Welt ist um eine vermehrt worden. Der König von Spanien hat endlich aus der Volksstimmung die Konsequenzen gezogen und ist außer Landes gegangen. Diese Entwicklung war schon längst vorauszu sehen. Der König war ebenfalls nicht von diesem Umsturz überrascht, denn er hat genau wie Wilhelm der Letzte Millionen Bejetas und überdies Zwölfen usw. mitgehen lassen. Dieser äußerst sport- und lebenslustige Herr kann nunmehr sein herrliches Leben in sicherem Gewahrsam weiterführen. Spanien ist eines der am wenigsten entwickelten europäischen Länder. Die spanische Monarchie hat nichts getan, um die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens zu fördern. Die spanische Arbeiterschaft hat den niedrigsten Lebensstandard der alten kultivierten Länder Europas. Es ist deshalb verständlich, daß sie dem verfallenen Regierungssystem keine Träne nachweinen wird. Die spanische Bevölkerung ist von Grund aus demokratisch und konnte es keineswegs mehr ertragen, von einer kleinen Oberschicht oder einer Militärdiktatur regiert zu werden. Sie erhält nunmehr Gelegenheit, ihre eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Der spanische Arbeitsminister, Caballero, hat an das Sekretariat der Arbeiter-Internationale in Zürich und an das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes Telegramme übermittelt. In dem Telegramm an den IGB. heißt es, daß der spanische Arbeitsminister im Augenblick seines Amtsantrittes Wert darauf lege, den Gewerkschaften aller Länder seine brüderlichen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Er werde, so heißt es weiter, der großen Gewerkschafts-Internationalen die Treue halten. Die spanischen Gewerkschaften sind an diesem Umsturz nicht unbeteiligt gewesen, deren Vertreter wirken in der neuen Regierung aktiv mit. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt begrüßt den spanischen Umsturz und sendet der spanischen Arbeiterschaft herzlichste Grüße.

Es wäre zu wünschen, daß Spanien in dem Neuaufbau der Republik die Fehler vermeidet, die in Deutschland und anderswo bei dem Wechsel des Regierungssystems gemacht wurden. Jede soziale Revolution setzt die Eroberung der politischen Macht voraus. Wenn aber die politische Macht erobert ist, dann wird die Arbeiterschaft des betreffenden Landes vor eine neue und zugleich große Aufgabe gestellt. Karl Marx hat in seinen Schriften folgerichtig auseinandergesetzt, daß eine politische Revolution die Elemente der künftigen Gesellschaft freisetzt. Ist eine politische Revolution zur Durchführung gekommen, dann harret der Arbeiterschaft die Aufgabe, durch schöpferische Gesetzgebung und Verwaltungsarbeit eine neue Gesellschaft aufzubauen. Da die spanische Republik aus dem Neuaufbau der mittel-europäischen Republiken bedeutame Lehren ziehen kann, hoffen wir, daß es die Umwege und Fehler vermeidet, die einem sozialen Volksstaat das Leben sauer machen können. Wir hätten eine solche politische und wirtschaftliche Krise nicht zu verzeichnen, wenn wir in den Kindheitstagen der deutschen Republik bestimmte Fehler vermieden hätten. Daraus kann Spanien lernen. Nur keine allzugroße Rücksichtnahme auf die Feinde eines wahren Volksstaates!

Wenn Steine reden

Zu den „redenden“ Steinen gehören im wahrsten Sinne des Wortes die übereinander geschichteten Jurafalkplatten der Solnhofener Steinbrüche in Mittelfranken. Die Forscher haben es verstanden, diese Sprache zu deuten, und sie haben uns staunens-erregende Aufschlüsse über längst vergangene Zeiten gegeben. Was in Solnhofen durch die Hand der rafflos schaffenden Steinarbeiter an das Tageslicht gefördert wird, das ist nicht allein nützliches Gestein, das sind auch wirkliche Blätter aus dem Riesensuche der Erdgeschichte. Die mächtigen Gesteinslager entstanden nicht auf einmal in den Entwicklungswellen des Erdalles, sie sind langsam in Jahrhunderten und Jahrtausenden „gemacht“. Ueber dem jetzt blühenden Lande, das mit Städten und Dörfern besät ist, flutete einst ein Meer, und die Stelle der jetzigen Steinbrüche bildete eine stille Bucht der längst verschwundenen See. Deren Grund war mit tiefem Schlamm bedeckt und aus dem benachbarten Hochland brachten Flüsse neue kalkreiche Niederschläge hinzu. Ein reges tierisches Leben herrschte an den Ufern und in den Tiefen des Wassers; aber sonderbare Arten waren es, die sich hier ihres Daseins erfreuten und wieder zugrunde gingen: Wesen, wie sie kein menschliches Auge jemals gesehen hat; denn in jener altersgrauen Epoche der Erde herrschte noch nicht der Mensch in seiner späteren Vollkommenheit. Aber die Erde schrieb damals selbst ihre Geschichte, in den Schlamm des Meeres versankte die Ueberreste der damaligen Tierwelt, der Schlamm bewahrte sie lange vor der gänzlichen Zerkleinerung. Der Schlamm verdichtete sich allmählich zu einem festen kalkartigen Gestein und dessen Inneres barg nun oft wunderbar genaue Abdrücke der seltsamsten tierischen Körperformen. In einer ganz überwältigenden Mannigfaltigkeit der Individuen zeigte sich die damalige Tierwelt, von denen die heutige lebende Tierwelt nur noch einen ganz unheimlichen, verkümmerten Rest darstellt. Welch herrliche Naturbilder hätten sich zu jener Zeit dem menschlichen Auge dargeboten, wenn es schon damals mit dem erst heute erlangten Bewußtsein das, was es sah, hätte sehen können. Alle die herrlichen Wälder mit ihren zahllosen Pflanzen- und Tierformen und üppigsten Palmenwuchs. Heute kennt jedermann, wenn auch nur oft aus Abbildungen und Beschreibungen, wie auch aus gelegentlichen Besuchen von Museen, viele jener vorweltlichen Tiere; durch Schuffels Vieder ist ja der Ichthyosaurus vollständig geworden. Den Forschern ist es gelungen, aus einzelnen Fundstücken einzelne Arten zu restaurieren, wie zum Beispiel auch die fliegenden Eidechsen u. a. häßliche Geschöpfe von sonderbarster Körperkonstitution und mit einer Flügelspannweite von sieben Metern und langgestreckten, schnabelähnlich endenden Köpfen. Am bekanntesten davon dürfte der Solnhofener Urweltvogel Archaeopteryx sein. Denn die Nachricht von dessen Auffinden machte seinerzeit großes Aufsehen in der ganzen Welt. Alle Zeitungen brachten diese staunenswerte Kunde und der Verkauf dieser Vesteinerung bildete einen ganz merkwürdigen Handel. Im Jahre 1860 wurde zunächst in den Solnhofener Steinbrüchen der genaue und wohlerhaltene Abdruck einer Vogelfeder gefunden, und das Jahr darauf weitere Abdrücke, die zusammen ein ganz seltsam gefiederter Vogel darstellten. Man nannte es Archaeopteryx, und die Gelehrten der ganzen Welt zeigten dafür das größte Interesse. Das britische Museum in London erwarb den Archaeopteryx für 12 000 Mark, und sechzehn Jahre hindurch blieb der Fund ein

Unikum, bis im Jahre 1877 in den lithographischen Kalksteinen von Eichstätt, etwa 3 1/2 Wegstunden von dem ersten Fundort, ein zweites, viel wertvolleres Exemplar ausgehoben wurde. Dieses wanderte nicht mehr nach England, sondern gelangte schließlich für den Preis von 20 000 Mark in das mineralogische Museum der Berliner Universität. Außer diesen sind noch viele andere wesentlich geringere Vesteinerungen gefunden worden und werden auch noch gefunden werden. Denn die Solnhofener Funde sind berühmt und die Brüche bilden eine wahre Schatzkammer der Wissenschaft, aber leider werden wohl schon viele Vesteinerungen in früheren Zeiten achtlos vernichtet worden sein, denn die Steinbrüche sind bereits seit ungefähr dreihundert Jahren im Betriebe. Ueber ihre Entdeckung wird folgendes erzählt: Ein Hirtenknabe soll damals ein Loch in die Erde gegaben haben und dabei auf leicht losbrechbare Platten gestoßen sein, die er dann aus langer Weile und Spielerei gegeneinander rieb und so unbewußterweise glatt machte und polierte. Dies trieb er längere Zeit hindurch und freute sich an den schönen Platten, bis ein Zufall ihn erfahren ließ, daß zum Dom von Eichstätt Muster von Fußbodenplatten verlangt würden. Ohne weiteres brachte er seine Plättchen dorthin, die Gefallen erregten und die Ursache wurden, daß an den Fundstellen Nachgrabungen veranstaltet wurden. Schon der erste Versuch einer Ausgrabung war erfolgreich, und der Dom von Eichstätt wurde zuerst mit Solnhofener Steinen belegt. Das in den Solnhofener Steinbrüchen gewonnene Material wird zu allen möglichen Zwecken verwendet, zu Dachsteinen, zu Fußbodenplatten und Vertäfelungen, in der Hauptsache aber war das Gestein für die Lithographie und den Steindruck besonders brauchbar und trug ihm einen Weltruf ein.

Es gibt solche

Wer nie haut grade Siebe, wes Wort' und Sätze schleichen wie spürend schlaue Diebe und immer seitab streichen, wer niemals wagt zu sagen: „So ist es“ und: „Das soll sein“, wer ausweicht schlichten Fragen, stets will der Vorsicht voll sein, wer spricht: „gewisse Leute“ und: „dürfte, möchte, könnte“, statt daß er sich nicht scheute, und uns Gewißheit gönnte, wer nie den Punkt will nennen, stets eingehüllt in Duft ist — glaubt mir, daß der zu kennen als Schwachkopf oder Schuft ist. Friedrich v. Sallst.

Worte und Taten

Tag für Tag liest der Gewerkschafter in den Zeitungen von der Wirtschaftskrise. Für viele ist die Schilderung von dem wirtschaftlichen Elend dieser Zeit nichts Neues, spürt er doch die Wirkungen der Arbeitslosigkeit an eigenen Leibe. So mancher Kollege hört, daß das große Industrieunternehmen, in dem er viele Jahre gearbeitet hat, pleite ist. Mangel an Aufträgen, fällige Zinsen, Wechselschulden und was sonst an Gründen angegeben wird, sind die Ursachen. In den Gewerkschaftsversammlungen wird die plan- und sinnlose Wirtschaft der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert und als Ziel zu deren Beseitigung die Eigenwirtschaft der arbeitenden Menschen, der Sozialismus gefordert. In einer Entschiedenheit wird die klare Erkenntnis der Versammelten zum Ausdruck gebracht. Nach der Versammlung leert sich langsam der Saal des Gewerkschaftshauses und in Gruppen gehen die Kollegen auf die Straße. Viele sind arbeitslos und nehmen ihren Weg nach Hause. Aber es sind noch eine erhebliche Zahl Vollbeschäftigter darunter, die noch eine Stunde zusammenbleiben wollen, zumal die Aussprache und Unterhaltung dürstig gemacht hat. Der Gedanke, im Restaurant des Gewerkschaftshauses ein Glas Bier oder eine andere Erfrischung zu trinken, kommt keinem unserer Freunde. Zwar ist es in der Gaststube ihres eigenen Heimes lauter, hell und luftig, und voll Stolz zeigt man es gern auswärtigen Verwandten, zumal Speisen und Getränke gut und preiswert sind. Aber beim fidelem Ede an der frummen Ede ist es doch gemüthlicher. Vor Rauch sieht man kaum den Wirt, der hemdärmelig hinter der Theke hantiert. Mit Mühe finden unsere Kollegen Platz an einem etwas wackligen Tisch, der von verschüttetem Bier hebrigt ist. Die Aschenshale ist voll, deshalb liegt ein Teil der Stummel auf dem Tische. Farbenfroher wird dieser Müllplatz durch Eierkuchen, die einer, der seinen Hunger stillt, mit abgelagert hat. Nach einigem Rufen bringt der Wirt das Bier, der Gläserrand ist etwas fransig, was aber weiter nicht geniert. Einer der Kollegen will eine Zehnpendniggarre. Die Bedienung ist flott. Der Wirt greift in die linke obere Westentasche und langt aus diesem Behälter den gewünschten Stumpen. Er kann die Preislagen nicht verwechseln, denn die Zwölfpenniger sind rechts. Die Kollegen trinken an und erhitzen sich noch einmal über das Versammlungsthema. Vor allem wird ein schärferer Kampf der Gewerkschaftsleitungen für den Sozialismus verlangt. Unterdessen hat der Referent, der von auswärts ist, mit den Kollegen von der Verwaltung noch einige Worte gewechselt und will sich verabschieden. Erstaunt wird er gefragt, ob er nicht im Gewerkschaftshaus übernachtet. Da staunt nun der Referent, daß das Gewerkschaftshaus so schöne und billige Hotelzimmer hat. Leider hat er sich schon im Hotel zum deutschen Kaiser ein Zimmer bestellt. Aber er will gern seine Kollegen auf das Hotel im Gewerkschaftshaus aufmerksam machen. Am anderen Tage, auf der Rückfahrt, sieht sich der Referent noch einmal sein Vortragsmaterial an. Er macht sich eine Notiz, um in der nächsten Versammlung die Kollegen noch stärker zur Unterstützung der Eigenunternehmen der Arbeiter anzuhalten. Inzwischen kämpfen die Leitungen unserer Gewerkschafts- und Volkshäuser einen verzweifelten Kampf, um die Unternehmungen über die schwere Zeit hinweg zu helfen. In langen Jahren, mit vielen Opfern, sind unsere Häuser aufgebaut worden. Sollen sie an der Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit der Gewerkschaftscollegen zugrunde gehen?

Was irgend gehen will und walfen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Aus dem Steinmehleben

In einer Herberge, Penne genannt, saßen zwei verwitterte Gesellen, struppig und a.g. von der Sonne verbrannt, sicher wird sie mancher Hund anbellern. — Diese Beiden waren vom gleichen Fach, sprachen von Flächen, Säulen und Glieder, vom Steinhauern und Bogenverdach, kannten auch die gleichen Steinmehlieder. — Sie sangen laut „In Roschik auf dem Wald“ und, daß „Hamburg ist ein schönes Städtchen, daß gelebt wird „solang der Knüpfel schallt“, summten „Et, wohin du schönes Mädchen?“ — Der alte Pennwirt hörte schmunzelnd zu, kaufte dem Singang vergangener Zeit, und bevor die Gesellen fanden Ruh, hat mancher Freitrunke vom Wirt sie erfreut. — Am anderen Tage, halb Mittag schon, trennten sich jüngst die struppigen Zwei, jeder tappt in anderer Richtung davon, voraus lief die Rot der Steinhauerei. — S.

Ein unmöglicher Schiedspruch verbindlich er. läßt!

Nach den Worten des Reichsarbeitsministers sollte der von dieser Stelle propagierte Lohnabbau das Realeinkommen des Arbeiters unbeeinträchtigt lassen. Diese Worte sind nett und schön, wie aber sieht die rauhe Wirklichkeit aus? Für das mitteldeutsche Steinleg- und Straßenbaugewerbe wurde in Hannover vor dem Landesgerichtsrat Lichtenstein mit Hilfe der Unternehmer ein Schiedspruch gefällt, der die Steinlegerlöhne von 1,51 M. auf 1,31 M. kürzte. Also eine Lohnkürzung von 20 Pf. pro Stunde sollten die Steinleger einfach hinnehmen. Pro Woche macht also diese durch den Schiedspruch vorgenommene Lohnkürzung den Betrag von 9,60 M. aus. Um diese Summe wird wöchentlich das Realeinkommen der Steinleger gekürzt! Die Arbeitgeber hatten nach Fällung dieses unmöglichen Schiedspruches nichts eiligeres zu tun, als beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Daneben aber versuchten sie durch Vorlegung von Renersien die Kollegen zu zwingen, diesem ungeheuerlichen Lohnabbau zuzustimmen. Die Folge dieser Maßnahmen war, daß sich in einer Reihe von Orten Mitteldeutschlands Lohnkämpfe entwickelten, die zum Teil für die Kollegen erfolgreich ausliefen. In Halle, Bitterfeld, Merseburg, Magdeburg, Hohenmölsen, Weimar, Stendal, Köpflau, Schladau, Gera uvm. wurde die Arbeit eingestellt. Am 17. April fanden vor dem Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die beantragte Verbindlichkeitsklärung statt. Die Unternehmer sabotierten jeden Vorschlag, der eine den Gesamterhältnissen angepasste Regelung vorsah. Eine Einigung der Parteien erfolgte bei diesen Verhandlungen am Reichsarbeitsministerium nicht. Die Kampffront der Straßenbauarbeiter vergrößerte sich nach diesem immer mehr, nun trat das Anerkennung ein:

das Reichsarbeitsministerium erklärte diesen Lohnabschieds- spruch für verbindlich!

Durch diese unbegreifliche Verbindlichkeitsklärung sind den Arbeitern alle Waffen aus den Händen geschlagen worden; um diesen Schiedspruch etwa zu ihren Gunsten mit dem Mittel des Kampfes abzuändern und erträglicher zu gestalten. Im Straßenbaugewerbe bewegten sich die durch Lohnabbau bisher erfolgten Kürzungen der Stundenlöhne um 10 Prozent. Für Mitteldeutschland aber mußte dieser Satz ganz wesentlich überschritten werden, und dazu gab das Reichsarbeitsministerium seinen Segen! Nicht immer hat das Reichsarbeitsministerium den Zwang der Verbindlichkeitsklärung bei Lohnkürzungen zur Verfügung gehabt. Noch nie ist ein Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium für das gesamte Steinleg- und Straßenbaugewerbe verbindlich erklärt worden, der in der Zeit aufsteigender Löhne gefällt wurde. Im Jahre 1928 lehnte das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches für Mitteldeutschland ab, der eine nur 4 Pf. pro Stunde betragende Lohnerhöhung vorsah. Aber heute wo die Stundenlöhne um 20 Pf. heruntergehauen werden, heute gibt das Reichsarbeitsministerium seinen Segen dazu. Mit dieser Verbindlichkeitsklärung sind den Arbeitern die Waffen aus der Hand geschlagen worden. Dem Zwange werden sich die Arbeiter fügen, aber schon heute wird gesagt, daß mit der Zwangs- anerkennung dieses Lohnabschiedspruchs der Friede im Gewerbe auf die Dauer nicht gesichert werden kann. Die Straßenbauarbeiter Mitteldeutschlands werden ihre Organisation so ausbauen, daß in den kommenden Zeiten diese Zwangssetzung des Lohnes über den Haufen geworfen wird. Die einseitigen Unternehmer sehen diese Dinge kommen. Aber Einsicht war noch niemals die starke Seite der Leitung des mitteldeutschen Unternehmerverbandes. Die Organisation gesteht und die Notzeit ausgenutzt, um solche ungeheuerlichen Schiedsprüche zu bekämpfen! Das wird die Aufgabe der Kollegen im Straßenbaugewerbe Mitteldeutschlands sein!

Osnabrück. Am 29. März fand hier eine Konferenz der Zahlstellen des Bezirkes statt. Diese war von 12 Zahlstellen mit 22 Delegierten besetzt. Nicht vertreten waren Stadhagen und Horstmar. Vom Zentralvorstand war Kollege Winkler erschienen, der die Grüße des Hauptvorstandes an die Konferenz zum Ausdruck brachte. Vom Bezirksvorstand waren die 4 Mitglieder anwesend, Kollege Gohmann davon wurde zum Leiter der Konferenz bestimmt. — Der Bezirksleiter, Koll. Droll, erstattete Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Die Arbeitslosigkeit ist in allen Zahlstellen mit einer Ausnahme, wo Aufträge genügend vorliegen, sehr groß in allen Bezirken. Trotz dem 145 Neuaufnahmen gemacht werden konnten, ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. In 226 Fällen war der Bezirksleiter in Anspruch genommen, davon 67mal bei Betretung in Rechtsstreitigkeiten, und konnten etwa 5000 Mark für die Kollegen herausgeholt werden. Im 1. Quartal 1931 in 26 Fällen 2732 Mark. Die schlechte Beschäftigungsmöglichkeit wirkte sich auch auf die Löhne aus und fast in allen Zahlstellen wurden Angriffe auf die Löhne unternommen. Ein Bild, wie es ungefähr aussieht, bietet der größte Betrieb des Bezirkes, der Riesberg bei Osnabrück. Während in der Regel dort etwa 1000 Arbeiter in Beschäftigung standen, im Späthjahr 1929 sogar 1200 Arbeiter, ist jetzt die Beschäftigung auf knapp 600 Mann zurückgegangen, die seit Weihnachten verkürzt (36 und 42 Stunden pro Woche) arbeiten. Der Lohn der Hilfsarbeiter beträgt 62 Pfennig pro Stunde. Welche Verdienste da erzielt werden, ist leicht festzustellen. Der Kladder-Konzern als Betriebsinhaber versteht es ausgezeichnet, die Löhne zu drücken. Leider sind in dem Betrieb 6 Organisationen vorhanden. Der freie und der christliche Steinarbeiterverband, der freie und der christliche Metallarbeiterverband sowie freier und christlicher Bergarbeiterverband. Bei einer solchen Zersplitterung der Arbeiterschaft haben die Unternehmer leichtes Spiel. An Bezirksbeiträgen wurden von den Zahlstellen 2457,40 Mark abgeführt. Am Jahresfluß betrug der Kassenbestand der Bezirkskasse 26,31 Mark. — An der Diskussion über den Bericht beteiligten sich die Kollegen Behring, Braend, Kohl, Jörerbauer, Thieken sowie Koll. Winkler. Kollege Jörerbauer brachte interne Angelegenheiten der Zahlstelle Hildesheim zur Sprache mit seiner persönlichen Einstellung dazu. Von einigen Delegierten wurde die Zufriedenheit über die Tätigkeit des Bezirksleiters ausgesprochen. — Da bei der großen Arbeitslosigkeit in den Zahlstellen und durch die Einreihung vieler Kollegen in die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung die Leistung des Bezirksbeitrages für diese Kollegen nicht mehr tragbar schien, wurden diese durch einstimmigen Beschluß von der Leistung des Bezirksbeitrages entbunden. Im 4. Quartal wurden im Bezirke 2516 Beitragsmarken über 1 Mark und 2788 unter 1 Mark Hauptkassenbeitrag sowie 4734 Erwerbslojenmarken abgeführt. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß alle in Arbeit Stehenden den Beitrag nach ihrem Verdienst auch statutengemäß bezahlen und daß auch alle Zahlstellen die Abführung des Bezirksbeitrages richtig vornehmen möchten. — Kollege Winkler hielt dann einen interessanten Vortrag über die allgemeine Situation in der Steinindustrie. Von allen Industrien sei wohl die Steinindustrie am härtesten betroffen, was dadurch zum Ausdruck komme, daß dreiviertel der Mitglieder ohne Arbeit sind. Zum Verbandsvorstand werde das Menschenmögliche getan, um die Auftraggeber für die Produkte der Natursteinindustrie auf die katastrophale Lage hinzuweisen. In Eingaben an die Behörden wurde nicht gespart. Bescheidene Ansätze zur Besserung sind vorhanden. Auch für die Bauteilnehmer sei etwas Hoffnung in Aussicht, da die neuere Architektur etwas Gliederung bringt und von dem glatten Stil wieder abrückt. Für alle Kollegen bestehe jedoch die heiligste Pflicht, Sorge zu tragen, daß unsere Reihen gestärkt werden und alle in Arbeit Stehenden dem Verbandszugehörig würden. Die Organisation sei das Bollwerk, an der die Pläne des reaktionären Unternehmertums zu scheitern werden. Bezeichnend ist, daß die RGD und die Hakenkreuzler, in jüngster Zeit noch die Stahlhelmer versuchen, durch Werben von Mitgliedern unsere Reihen zu schwächen und dadurch den Unternehmern Vorparandien zu leisten. Kein denkbarer Arbeiter darf sich durch die schönen Versprechungen, die in Wirklichkeit nur Phantasiegebilde sind, täuschen lassen, jeder muß zur Stärkung des Verbandes beitragen. — An einer Diskussion über den Vortrag beteiligten sich die Kollegen Behring, Kohl und Thieken. Behring betonte, daß er das Vorgehen der RGD nicht unterstützen könne, wenn er auch politisch mit der Richtung sympathisiere. Die Fehler der politischen Führer der Arbeiterparteien zeitige immer Rückschlüsse. Nur eine einzige geschlossene Arbeiterbewegung könne zum Ziele führen. — Mit einem Dank an die Delegierten und die Bitte, das Gehörte unter den Mitgliedern zu verwerthen, konnte die Konferenz, die von 10 bis 17 Uhr, ohne Mittagspause, die Tagesordnung erledigte, geschlossen werden.

Breslau II. Die Versammlung am 12. April 1931 wurde von 1. Vorsitzenden, Kollegen Nikolaus, eröffnet. Es wurden zuerst die Jubilare Paul Roder, Paul Schröter und Max Preuß, für ihre treue Verbandsmittgliedschaft geehrt. Der Vorsitzende betonte, daß die Kollegen noch recht lange der Zahlstelle erhalten bleiben möchten. Der Kollege Preuß gab dann einen kurzen Rückblick über das Organisationsleben, von 1892 bis zum heutigen Tage. Dann erstattete der Hauptkassierer, Kollege Simon den Kassenbericht, die Revisoren bestätigten die Richtigkeit. Dem Kollegen wurde Entlastung erteilt. Dann folgte der Bericht von der Lohnverhandlung. Nach diesem folgte eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache, weil sich die Kommission für Lohnabbau eingestellt hat. Für Breslau ist jetzt der Lohn 1,33 Mark für Steinleger, 1,10 Mark für Rammer, 0,82 Mark für Hilfsarbeiter. Beschwerde wurde geführt, daß die Arbeitgeber schon wieder Ausrüstungen machen lassen.

Bersmold. Die Zahlstelle hielt am 12. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Braend, konnte nach Bekanntgabe der Tagesordnung dem Bezirksleiter, Kollegen Droll, das Wort erteilen; er sprach dann über die Tarifabschlüsse der Gebiete Bielefeld, Osnabrück und Münster. Weil die Zahlstelle Bersmold an der Grenze der Innungsbezirke Osnabrück und Münster liegt und ein Teil der Kollegen in diese Bezirke arbeiten geht und der Lohn so verschieden ist, so herrscht hier eine große Auftragsunterbietung. Die Bauämter der Kreise und der Provinzen stören sich wenig an dem tariflichen Lohn, der in ihren Gebieten festgelegt ist. Besonders hart haben die Kollegen von hier unter den Angeboten des Innungsoberrichters Derrmann aus Münster zu leiden. So wäre zu wünschen, daß das Gebiet des Bezirksleiters einen einheitlichen Tarif hätte. Auch die Arbeitsmöglichkeiten in diesen Bezirken sind sehr schlecht. So muß ein Teil der Kollegen noch klemeln gehen. Wegen der Maisfeier bleibt es den einzelnen Obleuten anheimgestellt, die Arbeitszeit so zu regeln, wie es das Programm des Ortsausschusses und der Parteileitung vorseht. Der Kollege Droll wurde beauftragt, für die Wohlfahrtskasse des Innungsbezirks Bielefeld eine andere Regelung und Zahlung der Unternehmer zu verlangen.

Reinersreuth. Entschuldigend: Die am 19. April in Sparnack stattfindende Steinarbeiterversammlung der Zahlstelle Reinersreuth nimmt Kenntnis davon, daß der bestehende Landestarifvertrag für die hiesige Granitwerksteinindustrie vom Verband Bayerischer Granitwerke gekündigt wurde. Obwohl eine Begründung der Kündigung fehlt, wird man wohl annehmen können, daß Tarifverschlechterungen für die Arbeiter in Vorbereitung sind. Nachdem erst im vergangenen Herbst ein Schiedspruch des hiesigen Landesrichters einen zehnjährigen Lohnabbau für die Arbeiter der Steinindustrie brachte, hat er keinen Fall von einer weiteren Verschlechterung des Tarifvertrages die Rede sein, da die Löhne in unserer Branche schon unter dem Normallohn liegen.

Königsberg i. Pr. Am 9. April fand die fällige Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle statt. Der 2. Vorsitzende eröffnete die Versammlung in Verbindung des Kollegen Gedaties, der an der Kassenrevision des Bezirkes teilnehmen mußte. Der Kassierer, Kollege Rodel, gab einen ausführlichen Bericht über seinen dreiwöchigen Aufenthalt in der DGB-Bundeschule in Bernau. Der Bericht wurde von allen Kollegen mit großem Interesse entgegengenommen und es löste Zufriedenheit aus, daß der Kollege an dem 1. gründlichen Bildungsturnus teilnehmen durfte. Kollege Rodel verpflichtet sich, seine erworbenen Kenntnisse zugunsten des Verbandes herzugeben. Dann gab der 1. Kassierer den Kassenbericht vom 4. und 1. Quartal. Es war daraus zu ersehen, daß sich die Verhältnisse in unserer Lokalkasse wieder etwas gebessert haben. Auch gelang es von den Hilfskassierern der Steinleger, die jetzt der RGD angehören, einen kleinen Betrag der unterliegenden Gelder einzubekommen. Durch Gerichtsurteil sind sie verpflichtet, den Rest ihrer Schulden in Raten zu tilgen. Von 110 Mitgliedern hatten wir für Januar und Februar 70 Erwerbslose zu verzeichnen. Im März 104 Mitglieder, davon 51 Erwerbslose. Zwecks Schöpfung der Arbeitsmöglichkeit ist es dem Bezirksleiter, Kollegen Casper, nicht gelungen, durchzudringen, daß die Arbeiten in Königsberg (Amtsgerichtsneubauten, Bahnhöfe und Schlosserbauarbeiten) von den hiesigen Firmen ausgeführt werden können. Es blieben nur die Hilfs- und Beredarbeiten für unsere Kollegen übrig. Durch das Kleinfrauentariffgesetz ist trotz des Achtstundentages die Arbeitsleistung vieler Kollegen so heraufgehoben, daß ein großer Teil der Arbeitslosen gar nicht mehr an die Arbeit herankommt. Es wird den Kollegen empfohlen, die Kilometerleistung zu vermindern und mehr Solidarität zu üben, also „Wahrhaftig!“ — Die Zahlstelle trat der neugegründeten Sozialistischen Kulturgemeinschaft bei. Zum Schluß wurde auf die Maisfeier hingewiesen. Pflicht jedes Kollegen ist, am Umzug und der Maisfeier teilzunehmen.

Seib. Am 11. April fand beim Kollegen Christoph Gulden (Zentralhalle) die Monatsversammlung statt. Die Tagesordnung beschäftigte sich mit der Kündigung des Tarifvertrages. Trotz der Wichtigkeit war die Versammlung mäßig besucht. Sene, die nicht anwesend waren, haben wahrscheinlich den 13prozentigen Lohnabbau noch nicht genügend verpörrt. Ueber die Tarifkündigung entspann sich eine lebhaft und sachliche Aussprache; es wurde hauptsächlich über den technischen Teil des Tarifes diskutiert. Die gegenwärtige Ausführung der Werkstücke stellt den bisherigen Tarif in den Schatten. Es kommen zum großen Teil gespitzte Grabmäler in Frage, wo der Steinleger niemals auf den Lohn kommt wie vor dem Kriege. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir der Tarifkommission Material überbringen müssen, damit den Unternehmern bei den kommenden Verhandlungen Beweise erbracht werden, wie der Tarifvertrag geändert werden muß. — Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde vom Kassierer, Kollegen Kauh, gegeben; sie war von den Revisoren geprüft und in musterhafter Ordnung befunden worden. Entlastung durch die Versammlung wurde erteilt. Zur Maisfeier wurde beschlossen, den 1. Mai wie alljährlich zu feiern; es soll aber auf dem Werkplatz der Kollegen durch eine Betriebsversammlung nochmals Gelegenheit gegeben werden, sich dazu zu äußern. Unter „Verschiedenes“ ist auch die Werkplatzangelegenheit besprochen und zum Ausdruck gebracht worden, daß manches Unangenehme abgeändert werden muß. Es wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, mehr Vertrauen zueinander zu besitzen, denn in der gegenwärtigen Zeit ist es eiserne Pflicht, fest zusammenzuhalten, damit den Unternehmern die Luft vergeht, an weiteren Lohnabbau zu denken. Nach einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden, sich in der gegenwärtigen Lage nicht irremachen zu lassen, zum Verband zu halten und den kommenden Zeiten gerüstet entgegenzusehen zu wollen, wurde die Versammlung beendet.

Meißen. Zu unserer am 11. April 1931 angelegten Quartalsversammlung waren nur die immer anwesenden Kollegen erschienen. Einige haben immer noch nicht begriffen, daß es auch Pflicht ist, die Versammlungen zu besuchen und dort ihre Meinung und Wünsche zu äußern. Verschiedene Kollegen bekümmern sich höchstens mal auf ihren Verband, wenn Unterstützungen abgehoben sind. Die Verantwortlichkeit beginnt aber gleich wieder bei der Beitragszahlung. — Hauptpunkt der Tagesordnung war der Vortrag des Kollegen Emil Pietzsch über: Die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften. Heute bemühen sich Sowjetstern und Hakenkreuz, den Wall der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zu zersplittern und zu schwächen. Mit den erbärmlichsten Mitteln versuchen sie, auch die Lehrinstitute und Bildungsanstalten in Miskredit zu bringen, die zum Besten der organisierten Arbeiter dienen. Der Referent knüpfte bei der gewerkschaftlichen Frühzeit an und streifte die verschiedenen Richtungen und Strömungen der 60er Jahre, streifte die Zeit des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890 mit seinen Auswirkungen. Neue Aufstiegsorgänge der Gewerkschaften wurden gewährt, als in den 90er Jahren die eigentlichen Bildungsbestrebungen in ihrem Wert erkannt wurden. Das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft war in stetem Wachsen begriffen. Nur so wurden dann die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung möglich. Es ist notwendig, daß sich jeder Gewerkschafter besleißigt, sein Wissen seiner Kraft angemessen zu bereichern. Besucht auch die von den freien Gewerkschaften in einzelnen Orten ins Leben gerufenen Abendkurse über Wirtschafts- und Betriebsratfragen. Der Spruch „Wissen ist Macht“ gilt heute mehr denn je. Die Kollegen folgten den Ausführungen des Vortragenden mit großem Interesse. Die Einzelheiten können nicht so wiedergegeben werden, wie es dem Vortrage entsprach. Der mangelhafte Besuch hatte den Kollegen Pietzsch auch veranlaßt, seinen Vortrag abzukürzen. Jedenfalls hatte er die Zuhörer für sich, sie sparten nicht mit Beifall.

Hohburg. Am 19. April fand die früher beschlossene außerordentliche Generalversammlung im Lokal Richter zu Ködnitz statt. Auf Grund der äußerst schlechten Arbeitsverhältnisse (100prozentige Erwerbslosigkeit) wurde damals beschlossen, von einer Wahl abzusehen und eine Klärung der Lage abzuwarten, da die bisherigen Vorstandsmitglieder anlässlich der Lohnbewegung 1930 noch gemäßigert sind. Mittlerweile hat sich die Lage etwas gebessert und 50 Prozent der Kollegen befinden sich wieder in Arbeit. Ohne Widerspruch wurde der Antrag Gorzack angenommen, der besagte, daß der Gesamtverband unverändert im Amte verbleibt. Trotz der verschärften Lage in unserem Bezirke ließ der Besuch der Versammlung sehr zu wünschen übrig. Kollege Lohman behandelte eingehend den für verbindlich erklärten Schiedspruch und die sich daraus ergebende Lage. — Unter Punkt „Verschiedenes“ folgte eine äußerst scharfe Aussprache über die bestehenden Verhältnisse im Betrieb „Collmener Quarz-Porphyr-Werke“ ein. Kollege Jidert erklärte, daß die Schuld an den herrschenden Mischständen einzig und allein die Bezirksleitung und die Zentrale treffen, da auf wiederholte Anforderungen, trotz Kenntnis der zugespitzten Situation, niemand zur Verhandlung erschienen sei. Bezirksleiter Lohman sowie Kollege Schindler wiesen diese Vorwürfe aufs schärfste zurück, da jeder Kollege über den Stand der Dinge eingehend informiert sei und nur einige Postierer die fraglichen Lohnbaureverle unterzeichneten, alle anderen Kollegen aber den gegebenen Anweisungen strikte Folge leisteten. Gegen vier Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß in Zukunft der Zutritt zu Mitgliederversammlungen nur durch Vorzeigen des Mitgliedsbuches gestattet sei. Die Maisfeier findet geschlossen mit den Parteien in Hohburg statt, eine reiflose Verteilung wurde zur Pflicht gemacht. Mit einem Appell an die Kollegen, sich nicht von den hohlen Phrasen der RGD, einzufangen zu lassen, sondern treu und geschlossen hinter ihrer freien Gewerkschaft zu stehen, damit die Kräfte der Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit nicht unnütz zersplittert werden, wurde die Versammlung beendet.

Internationales. Kollege Josef Mudra am 18. April in Prag gestorben. Der Kollege Josef Mudra, Redakteur des Steinarbeiter („Kamenodelnik“), Verbandsorgan des Zentralverbandes der Steinarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik, war ein bescheidener Charakter, aber ein tüchtiges Mitglied seiner Steinarbeiter-Gewerkschaft und ein treuer Kämpfer in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sein Tod ist für den Verband ein schwerer Verlust. Der Verstorbene, von Beruf Steinmeh, war seit dem Jahre 1905 bis zu seinem Ableben Redakteur. Seine Tätigkeit war eine fruchtbare und zielbewußte für die Arbeiterschaft und den Sozialismus; keine Wohnung, keine Gesundheit und Kräfte nicht zu überparmen, hielt ihn zurück, immer war er auf dem Posten, bis ihn der Tod ereilte. Erst 54 Jahre alt, hat er kaum das Steinmehalter überschritten. Der Verstorbene wird allen, die ihn gekannt haben, in steter Erinnerung bleiben, denn er war ein waderer Kollege und mutiger Streiter.

Franz Schmoll 25 Jahre Kassierer. Am 29. April 1906 wurde an der Nordsee die Zahlstelle Norden errichtet. In der ersten damals stattgefundenen Versammlung wurde Kollege Franz Schmoll zum Kassierer gewählt. Die Zahlstelle kann darum ein Doppeljubiläum feiern; den 25jährigen Bestand ihrer gefestigten Zahlstelle und die 25jährige gute Wirksamkeit ihres Kassierers. Nur wenige Zahlstellenkassierer gibt es, die so fest und beharrlich sich ihrer Zahlstelle in einem so langen Zeitraum uneigennützig zur Verfügung stellen. Es verdient doppelte Anerkennung, wenn der Kassierer als der feste Pol der Verwaltung einer Zahlstelle diese 25 Jahre zum Besten der Kollegen betreibt. Darum unsere herzlichsten Wünsche der Zahlstelle Norden und besonders dem verdienstvollen und treuen Kassierer Franz Schmoll zu ihrem Ehrentage. Möge die Zahlstelle unter Leitung ihres alten verdienten Kassierers noch recht lange Jahre zum Wohle der Kollegen und des Verbandes wirken.

Kundschau

Sie bringen sich selber um. Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle Preisangebote der Unternehmer veröffentlicht, über deren Unternehmlichkeit man sich nicht genug wundern kann. Vor einiger Zeit hat der Rat zu Dresden rund 1000 Quadratmeter Lauffer Granit-Fußbodenbelag ausgeführt für die Viehhallen des städtischen Schlachthofes. Um diese Arbeiten haben sich nun eine Anzahl Firmen beworben, deren billigste Angebote es unmöglich machen, den Arbeitern die vereinbarten Löhne zu zahlen. Den beiden billigsten Firmen wurde leider die Arbeit zugesprochen. Die Preisangebote sehen so aus (der Kommentar dazu liegt im Stichwort dieser Notiz):

Brodtorb, Steinmehlgeschäft	10584 Mark
Berndt & Söhne, Baugeschäft	8260 Mark
Burkhardt, Steinmehlgeschäft	7631 Mark
Kunath, Sächsisches Granitwerke	7592 Mark
Klotz & Dieke, Zement- und Kunststeinwerke	7323 Mark
Lorenz, Baugeschäft	7288 Mark
Sparmann, Granitwerke	7088 Mark
R. Banatz, Baugeschäft	6029 Mark
R. Seidel, Baugeschäft	5728 Mark
Reil & Co., Vertreter Hesse	4484 Mark
Gebr. Eberlein, Steinmehlgeschäft	4432 Mark

Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg. Im Herbst 1931 findet im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg wieder ein viermonatiger Männerkurs vom 15. August bis 15. Dezember statt, zu dem Meldungen jederzeit angenommen werden können. Unterrichtsfächer: Volkswirtschaft, Politik, Soziologie, Weltanschauungsfragen, Psychologie, Erziehungslehre, Kunstfragen und Sexualprobleme. Die Kosten für einen Kursus betragen bei in Arbeit stehenden Bewerbern 40 Tagelöhne, bei Erwerbslosen werden sie durch die Erwerbslosenunterstützung gedeckt. Das Schulgeld umfasst Wohnung mit Licht und Heizung und volle Verpflegung. Prospekt durch das Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg (Post Frankenberg [Sa.]). Erwerbslose fordern gleichzeitig das „Merkblatt für erwerbslose Kursjusteilnehmer“ an.

Für das Frühjahr 1932 (voraussichtlich vom 15. Februar bis 15. Juni) ist ein Kursus für Mädchen und Frauen geplant, zu dem ebenfalls jetzt schon Meldungen stattfinden können. Lehrfächer und Bedingungen für diesen Kursus sind grundsätzlich die gleichen wie für den Männerkurs, jedoch ist durch den Einfluß der Schülerversammlung auf die Lehrplangestaltung dafür gesorgt, daß die besonderen Interessen der Frauen in den Frauenteilen die wünschenswerte Berücksichtigung finden. Da dauernd eine große Zahl von männlichen Bewerbern sich meldet, können Frauenteile nur stattfinden, wenn auch die Meldungen von Frauen in solcher Zahl eingehen, daß Frauenteile trotz der großen Zahl der männlichen Bewerber auch sachlich voll gerechtfertigt erscheinen. Es wird deshalb empfohlen, beabsichtigte Bewerbungen frühzeitig einzureichen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Sonnabend, 2. Mai:
In Berlin-Charlottenburg, Steinseher und Berufsgenossen, um 20.30 Uhr bei Köhlig, Schloßstraße 45.

Sonntag, 3. Mai:
In Grünberg um 14 Uhr bei Tschu.

In Brandenburg a. d. Havel wird kein Ortsgeheim mehr gezahlt.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streikbruch.

Adressenänderungen

- Gau: Steinau (Oder). Vorl. u. Kass.: Franz Tränkel, Gartenstraße 11.
- Gau: Dresden I. Untergruppe Dresden-Pirna: Paul Seifert, Dohma Nr. 29 bei Pirna. — Sohland. Vorl.: Kurt Klammann, Nr. 416 b.
- Gau: Mühlhausen (Thüringen). Vorl.: Friedr. Wiegler, Grünstraße 82. Kass.: Karl Reinboth, Viktoriastraße 40.
- Gau: Witten (Ruhr). Vorl.: Karl Vorf, Wemerstraße 25. Kass.: Karl Linke, Pferdebachstraße 62.
- Gau: Niederkirchen bei Deidesheim. Vorl.: Thomas Semmler, Forststraße. — Saarbrücken. Kass.: Matthias Barbian, Saarbrücken 2, Annenstraße 1. — Sickingen a. Rhein. Vorl. u. Kass.: Franz Weiß, Bergseestraße 2.
- Gau: Bernau. Kass.: Simon Kolbeck, Bahnhofstraße 120.
- Gau: Tiefenbach, Kreis Weklar, Post Biskirchen. Vorl. u. Kass.: Wilhelm Schulz, Haus Nr. 151.

Briefkasten

Wartezeit der Invalidenversicherung? Die Wartezeit dauert, wenn für den Versicherten auf Grund der Versicherungspflicht mindestens hundert Beiträge geleistet worden sind, zweihundert, andernfalls fünfhundert Beitragswochen.

Können Hinterbliebenenrenten gekürzt werden? Die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen in der Invalidenversicherung dürfen 80 vom Hundert des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen, den in derselben Gegend ein gesunder Arbeiter der Berufsgruppe erzielt, der der Versicherte bei im wesentlichen ungeschwächter Arbeitskraft nicht nur vorübergehend angehört hat; sonst werden sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe gekürzt. Beim Ausscheiden eines Hinterbliebenen erhöhen sich die Leistungen bis zum zulässigen Höchstbetrage.

Wanderschein für Arbeitslose. Wichtig ist, daß das Arbeitsamt einen Wanderschein nur erteilen darf, wenn durch die Person des Arbeitslosen und das Wanderziel eine Gewähr dafür gegeben erscheint, daß der Zweck des Wanderns — Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und berufliche Weiterbildung — erreicht wird. Der Wanderschein soll regelmäßig erst ausgestellt werden, wenn der Arbeitslose mindestens seit 4 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. Er ist nur Unverheirateten zu erteilen, in besonderen Ausnahmefällen auch Verheirateten, wenn der Lebensunterhalt der Angehörigen während der Abwesenheit des Arbeitslosen sichergestellt ist. Der Wanderschein darf nur Personen erteilt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Arbeitslosen im Alter von 16 bis 18 Jahren kann der Wanderschein nach Anhörung des zuständigen Jugendamtes erteilt werden. Wer mehr als 30 Jahre alt ist, soll ihn nur in Ausnahmefällen bekommen.

Zuletzt Brot! In Rom stattgefundenen Weltgetreidekonferenz kann als ein Symbol für die heutigen Zustände gewertet werden. Die Konferenz war von allen wichtigen Staaten des Erdballs mit Einschluß Sowjetrußlands besucht. Die Vereinigten Staaten waren diesmal wegen einer Verärgerung ferngeblieben. Aus dem starken Besuch darf bereits gefolgert werden, welches Interesse die Agrarfrühe der Welt beansprucht. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Ueberproduktion. Wie außerordentlich die Getreideerzeugung gestiegen ist, geht aus folgenden Ziffern hervor: In den zurückliegenden 5 Jahren betrug die Weltgetreideernte im Durchschnitt 960 Millionen Doppelzentner gegen 822 Millionen Doppelzentner im letzten Vorkriegsjahr. Die Getreideerzeugung ist also um rund 17 v. H. gestiegen, während die Bevölkerung der Welt nur eine Zunahme von 13 v. H. verzeichnet. Da auch aus den Geschmacksveränderungen und anderen Gründen der Getreideverbrauch pro Kopf von 65,9 Kilogramm auf 63,2 Kilogramm zurückgegangen ist und viele Menschen verurteilt sind, trotz der gewaltigen Ueberproduktion sich nicht satt essen zu können, müssen naturgemäß die Vorräte gewaltig anschwellen. Die Vorräte in den wichtigsten Exportländern Kanada, Vereinigte Staaten, Argentinien und Australien betragen im letzten Jahre 114 Millionen Doppelzentner gegen 50 Millionen Doppelzentner 1927. Auf der Konferenz wurde stark Stimmung dafür gemacht, dieser Vorratsbildung mit einer Einschränkung der Produktion zu begegnen. Dies wurde jedoch abgelehnt und eine neue Tagung auf den 18. Mai festgelegt, wo über die Verteilung der Vorräte und zukünftigen Ernteüberschüsse beraten werden soll. Diese Konferenz soll in London stattfinden. Ein kritischer Delegierter meinte, daß, wenn der Brotverbrauch in Europa und Asien sich dem Bedarf gemäß erhöht, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch hergestellt sei. So ist es. Man schaffe die Möglichkeit, daß die Getreideverbraucher sich satt essen können, und jeder Ueberfluß wird verschwinden sein!

Orientierungskarte zum Osthilfegesetz



Der Ausdehnungsbereich des deutschen Osthilfegesetzes. Das am letzten Sitzungstage vom Reichstag angenommene Osthilfegesetz zerfällt in zwei Teile. In einem Teil A werden für die besonders geschädigten Bezirke besondere Hilfsmassnahmen wie Steuererlässe, Unterstutzungsmaßnahmen usw. vorgegeben. Im Teil B ist die landwirtschaftliche Entschuldung geregelt. In der Regierungsvorlage und in dem Antrag des Staatsausschusses des Reichstages waren nun die Gebiete, für die die einzelnen Maßnahmen gelten sollten, genau angegeben. Zum Gesetz erhoben wurde aber der Antrag des Haushaltsausschusses, nach dem der Ausdehnungsbereich des Gesetzes von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Landesregierungen für die einzelnen Hilfsmassnahmen bestimmt werden soll. Es werden also die Regierungsbehörden zu prüfen haben, welche Maßnahmen in den einzelnen Gebieten durchgeführt werden sollen. Dabei können noch weitere Gebiete als die bisher vorgegebenen eingeschlossen werden. Gesetzlich bestimmt ist für die landwirtschaftliche Entschuldung bis jetzt lediglich das auf unserer Karte unter A bezeichnete Gebiet.

Steinmehlhütte Berlin. Wie die „Soziale Bauwirtschaft“ berichtet, war das abgelaufene Geschäftsjahr für die Steinmehlhütte Berlin gut, weil es ihr gelang, größere Bauaufträge zu erhalten. Das Grabmalgeschäft hat sich um rund 40 v. H. gehoben. Der gesamte Umsatz liegt um etwa 120 v. H. Er betrug 289 000 Mark gegen 132 000 Mark im Jahre 1929. Auf Bauarbeiten entfielen davon 231 000 Mark auf Denkmäler 58 000 Mark. Im Jahresdurchschnitt wurden 1930 3 Angestellte und 15 Arbeiter beschäftigt gegen 2 Angestellte und 10 Arbeiter im Jahre 1929. Die Aussichten im laufenden Geschäftsjahr sind günstig, da der Betrieb schon wieder über einen größeren Auftragsbestand verfügt. Ueber den Jahresabschluss 1930 unterrichtet die Vermögensaufstellung nebst Aufwands- und Ertragsrechnung zum 31. Dezember 1930. Es werden dort bei einem Stammkapital von 18 450 Mark einer Hauptprüfungsfrage von 2000 Reichsmark und Rückstellungen von 17 500 Mark 5931,41 Reichsmark Reingewinn ausgewiesen. — Am 14. November 1931 wird die Steinmehlhütte auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken können.

Rückgang der Arbeitslosenziffern. Endlich scheint der Zeitpunkt eingetreten zu sein, wo man von einem Rückgang der Arbeitslosenziffern sprechen kann. Seit Juli 1930 war eine ununterbrochene Vermehrung der Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Erst langsam, dann immer schneller ging die Kurve hinauf, bis jene Rekordzahl von 5 Millionen Arbeitslosen erreicht war. Nach der Zählung vom 31. März waren noch 4 756 000 Arbeitslose vorhanden. In der zweiten Märzhälfte war ein Rückgang um 224 000 zu verzeichnen. Erfreulicherweise handelt es sich nicht lediglich um eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Saisonberufen, sondern teilweise auch um eine Entlastung in einzelnen Konjunkturindustrien. In einzelnen Berufen geht es nach wie vor sehr schlecht. Immerhin wollen wir es mit Genugtuung begrüßen, daß die Eisbarriere der Arbeitslosigkeit langsam zu schmelzen beginnt und der Tiefstand des wirtschaftlichen Niederganges überwunden scheint.

Fremde Sprachen. Anfang Mai beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungenügender Arbeitszeit (Schichtarbeiter, Gastwirtschaftliche usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kurzen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin N. 54, Rosenthaler Straße 13.

Kaufmann — im allgemeinen ein jüdischer Beruf. Diese Feststellung stammt, wie „Der freie Angestellte“, Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten, mitzuteilen weiß, vom Tarifamt der Chemigraphen und Lithographen. Es handelt sich dabei um folgenden Vorgang: Ein jüdischer Junge verspürt Lust zu dem, nicht „allgemein jüdischen Beruf“ eines Chemigraphen. Er meldet sich beim Tarifamt der Chemigraphen und Lithographen zur Prüfung, besteht diese mit „gut“ und wird nach der Prüfung gefragt, ob er Jude sei. Als er diese Frage bejaht, rät man ihm, doch lieber Kaufmann zu werden. Das sei „im allgemeinen ein jüdischer Beruf“. Als Chemigraph würde man ihn dann wohl keine Lehrstelle vermitteln können. — Kommentar überflüssig!

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In Dobrilug vom Schleifereibetrieb Koppe fernbleiben! — Von Bries (Bez. Breslau) bleiben Steinseher und Hammer fern wegen Maßregelung.

3. Gau: In Leipzig ist es bei folgenden Firmen des Straßenaubaus wegen diktatorischer Herabsetzung der Stundenlöhne zum Abwehrstreik gekommen: C. F. Kummig, Nachflg. Reinhold Weißflog, Emil Edw. Berger, Otto Friebe, Otto Friedrich, Inh. M. Wassermann, Julius Herm. Hoffmann, Tiefbauamt der Stadt Leipzig. Diese Firmen sind selbstverständlich zu meiden. Ebenso in Ebersbach (Sa.) der Steinsehermeister Ernst Richter. In Chemnitz bestehen ernsthafte Differenzen im Straßenaubau über die Entlohnung.

4. Gau: Die bisher veröffentlichten Sperre- und Streiknotizen aus dem 4. Gaugebiet, die den Straßenaubau betreffen, sind mit der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium hinfällig geworden. (Siehe Artikel auf 3. Seite.) — Die Sperre für die Steinmehlbetriebe in Frensburg-Laucha besteht weiter.

6. Gau: Die Betriebe der Firma Pflasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.

7. Gau: In Metten und Edenjetten ist die Lohnfrage noch nicht erledigt. In Martinlamig b. Schwarzenbach a. S. bei der Firma Wieser (Granitsteleiferei) Streik.

11. Gau: In Rostock stehen Steinseher und Berufsgenossen wegen diktatorischer Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer im Abwehrkampf. — In Straßund ist die Straßenaubaufirma Robert Breckenfelder wegen Lohnhöhenunterschieden gesperrt. — In Bremerhaven das Baugeschäft Aug. Ehlers, in Geestemünde die Steinsehermeister Wilh. Oberkamp und Albert Mund. — In Kiel Streik; sämtliche Betriebe des Steinmeh- und Straßenaubaugewerbes sind gesperrt.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Bücher und Zeitschriften

Maizeitung 1931. 20 Seiten Umfang. Preis 25 Pfennig. — Die diesjährige Maizeitung, herausgegeben vom Verlag J. W. Dieckhoff, Berlin, kehrt im Zeichen des Kampfes gegen Nationalsozialismus und soziale Reaktion. Den höchsten Widerstand, in den die kapitalistische Welt geraten ist, zeigt W. I. D. T. D. T. man in wichtigen Sägen auf, vom gewerkschaftlichen Standpunkt beleuchtet Peter Gramann das selbe Thema, Tony Sender behandelt in ergreifenden Worten das Arbeitslosentum, zu praktischer Arbeit rufen Friedrich Heine die Jugend auf. Zu rühmend ist die imponierende künstlerische Ausstattung, die der Verlag der Maizeitung hat angebahnen lassen und die die Zeitschrift zu einer graphischen Musterleistung gemacht hat. Zu beziehen durch die Buchhandlung und deren Betriebsstellen.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Aprilheft 1931. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,00 M. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Landwirtschaftliche und Stadtwirtschaft. — Wie steht es um die Arbeitsvermittlung? — Europäische Wirtschaftslage und Sozialpolitik. — Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Subproleten Arbeiter. — G.-A.-Kundschau: Anmerkungen, Arbeiterstatistik, Sozialpolitik, Bücherchau, Anzeigen. — Die Zeitschrift gibt viel Anregendes und kann zum Abonnement empfohlen werden.

Marx-Engels und der kapitalistische Staat. Herausgegeben von Paul Kampffmeyer und J. P. Mayer. Die Reihe der „Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher“ wird jetzt vom Verlag Karl Zwing, Berlin, durch dieses Heft fortgesetzt. — Das von gemäßigter Seite gezeichnete Bild von dem Verhältnis des Staats zum Arbeiter und zum Kapitalisten in Marx und Engels wird durch ein bisher nicht bekanntes Marx-Manuskript und durch andere ausgewählte Teile aus den Schriften von Marx und Engels wieder bekräftigt. Ueberflüssig, zu sagen, wie interessant gerade für einen Sozialdemokraten es ist, heute sich in diese Gedankenengänge über den Staat, über Revolution und Sozialismus zu vertiefen und die angeblichen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis zu betrachten. — Das Heft kostet 30 Pfennig und ist durch alle Ausgabestellen unserer Buchhandlung zu beziehen.

Räthe Kern: „Frauen, entscheidet euch!“ 16 Seiten. Preis 20 Pfennig. Dieses Heftchen ist ein Kampfbuch gegen die falschen Forderungen der Nazis. Darum sollte jeder es geistig machen, daß die Schrift in die Hände aller unwissenden Frauen kommt. Aus dem reichen Material wird jede Leserin erkennen, wie es in Wirklichkeit auf der gegnerischen Seite aussieht.

„Marxistisches ABC.“ Zusammengefaßt und erläutert von Artur Crispian, M. d. R. 16 Seiten. Preis 20 Pfennig. Das Heftchen hat nur 16 Seiten Umfang. Der Verfasser verstand es, in knapper Form das Wesentlichste für den gegenwärtigen politischen Kampf zu sagen. Wer die knappen Auszüge aus den Marx'schen Lehren und die trefflicheren Erläuterungen zu lesen versteht, der wird in erster Linie erkennen, daß es heißt: auf dem Posten auszuhalten gegen die Sophistiken nationalsozialistischer „Lehren“.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Auch die Aprilnummer der „Gesundheit“ — die Zeitschrift wird an den Kassenschatzern der Krankenkassen kostenlos verteilt — enthält wieder eine Reihe interessanter und belehrender Artikel aus den verschiedensten Gebieten. „Die Schweigepflicht des Arztes“, „Augen und Krankheit“, „Jahresarbeiten und Gesundheit“ sind die wichtigsten. Jeder, den es angeht, und das sind eigentlich alle, hole sich die Zeitschrift und lese!

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenaubau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 62

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 Mark an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Demitz-Thumitz. Am 4. April der Granitsteinmetz Paul Schenk, 51 Jahre alt, Herzmuskelerkrankung.
- Speyer. Am 4. April der Sandsteinmetz Joseph Bartmann, 53 Jahre alt, 9 Monate krank, Staublunge.
- Berlin. Am 11. April der Steinmetz Friedrich Jonat, 61 Jahre alt, Freitod.
- Löbau. Am 15. April der Steinmetz Ernst Koppri, 65 Jahre alt, 14 Tage krank, Lungenerkrankung.
- Landsberg (Warthe). Am 15. April der Steinsetzer Hermann Schultze, 66 Jahre alt, Herzschlag.
- Altenhain. Am 16. April der Hilfsarbeiter Alfred Matthys, 37 Jahre alt, 6 Monate krank, Nieren- und Blasenleiden.
- Kirchhainlamitz. Am 17. April der Brecher Christian Hoffmann, 40 Jahre alt, 4 Monate krank, Krebs.
- Steinach. Am 18. April der Brucharbeiter Kaspar Luthardt, 53 Jahre alt, 8 Monate krank, Magenleiden.
- Wernigerode. Am 18. April der Granitsteinmetz Friedrich Hoppe, 59 Jahre alt, 3 Jahre krank, Lungentuberkulose.
- Eltmann. Am 19. April der Sandsteinmetz Johann Marquardt, 54 Jahre alt, 16½ Monate krank, Staublunge.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Fehler in der volkswirtschaftlichen Arbeit der Warenverteilung

In der Zeit von 1907 bis 1925 erhöhte sich die Einwohnerzahl Deutschlands von 57,8 Millionen auf 62,4 Millionen, das sind 8 Prozent. Die Zahl der Inhaber reiner Handelsbetriebe vergrößerte sich in der gleichen Zeit von 621 103 auf 946 403, das sind 52,3 Prozent. Es ist wohl bestimmt anzunehmen, daß die Berufstätigen im Handel im Jahre 1907 nicht mit Arbeit überlastet gewesen sind. Wenn achtzehn Jahre später reichlich um die Hälfte mehr Handelstätige vorhanden waren, müßte also, um die Berechtigung dieser großen Zunahme zu begründen, bedeutend mehr an Waren vom deutschen Volke gekauft und verbraucht worden sein. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Das Volk ist verarmt, die Ersparnisse sind fast vollständig verloren gegangen oder gewaltsam durch Gesetz verhöhnt worden, und überall herrscht der stärkste Zwang, die gewohnte Lebensführung herunterzudrücken. Hier muß also zweifellos in der Volkswirtschaft etwas nicht stimmen, denn auf allen Arbeitsgebieten soll durch die Berufstätigkeit doch ein gesellschaftlich-wirtschaftliches Bedürfnis befriedigt werden. Die Zahl der Arbeitenden und der Arbeitsstellen muß diesem Bedürfnis entsprechen, im großen und ganzen wenigstens. Im Handel aber herrscht ein ungeheurer großer Ueberschuß an Berufstätigen. Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzulaufen, weil das Arbeitslosenproblem schon so wie es ist, groß genug ist. Wenn ein krankhafter Zustand beseitigt werden soll, ist die erste Bedingung allemal die, die Verhältnisse klar zu erkennen und offen beim rechten Namen zu nennen. Nichts da, was sich recht, wenn er philosophiert: „Reden wir nur davon, ob es gleich schlimm sei; Schweigen ist schlimmer. Verschwiegene Wahrheiten werden giftig.“

Wir verschweigen zu viele Wahrheiten, die uns längst nicht mehr zweifelhaft sind. Ja, mehr noch, wir tun so, als ob wir sie nicht sehen; wir reden mit einem ungeheuren Schwall von Worten über die Krankheiten und Schwierigkeiten der Gegenwart hinweg. Als ob sie dadurch aus der Welt geschafft werden könnten! So ist es hauptsächlich auch mit der ungeheuren Ueberhebung des Handels. Hier ist eine schwere Krankheit im Volks- und Wirtschaftskörper, die untersucht werden muß, damit Mittel und Wege gefunden werden können, sie zu heilen.

Wir haben etwa 1500 Konsumgenossenschaften, die rund 4 Millionen Haushaltungen als Mitglieder haben. Wenn auch die 1500 Konsumgenossenschaften wahrscheinlich nicht ganz ein Viertel der Bevölkerung mit Waren versorgen, so ist doch unter allen Umständen zweifellos, daß in ihnen verhältnismäßig ganz bedeutend mehr produktive Arbeit geleistet wird, als in den selbständigen Handelsbetrieben. Und doch bedeutet die Zahl 1500, an der Millionen der selbständigen Warenverteilungsstellen gemessen, rein nichts. Es ist also eine ganz wesentlich rationellere und billigere Art der Warenverteilung möglich, als sie jetzt noch überall vorherrscht.

In Hamburg wurde durch statistische Erhebungen festgestellt, daß im Jahre 1925 auf 310 263 Haushaltungen 21 650 Einzelhandelsbetriebe kamen, wovon 11 100 auf den Lebensmittel Einzelhandel entfielen. Es war für 14 Haushaltungen schon eine Warenverteilungsstelle vorhanden. Auf die reine Lebensmittelverteilungsstelle kamen annähernd 28 Haushaltungen. Im Jahre 1928 betrug der Verbrauch eines Haushaltes in Durchschnitt 679 Mark. Das einzelne Lebensmittelverteilungsunternehmen hatte also einen Jahresumsatz von rund 19 000 Mark. Die einzelne Konsumgenossenschaftsstelle des Hamburger Stadtgebietes setzte zu gleicher Zeit für 128 572 Mark Waren um. Eine Konsumgenossenschaftliche Warenverteilungsstelle versorgte also rund 190 Haushaltungen, siebenmal so viel als das selbständige Privatgeschäft. Die Zahl der Warenverteilungsstellen könnte also ganz bedeutend verringert werden, was eine gewaltige Kostenersparnis bringen würde. Die viel zu hohen Betriebskosten sind aber die Hauptursache der viel zu hohen deutschen Warenpreise. Und die viel zu hohen Warenpreise sind die Hauptursache des viel zu geringen deutschen Warenverbrauchs. Hier ist die verhängnisvolle Quelle der Arbeitslosigkeit! Es ist nicht richtig, zu sagen, Deutschland leidet an Ueberzeugung von Waren. Das berechtigte und dringend notwendige Warenbedürfnis der Massen wird nicht entfernt befriedigt. Die Waren sind jedoch zu teuer, was durchaus nicht nötig wäre, wenn in der Warenherstellung und -verteilung ganz allein das Wohl des Verbrauchers die Betriebsform und Arbeitsweise bestimmte, wie es selbstverständlich sein müßte. Wenn die Förderung des Allgemeinwohls richtungsbestimmendes Ziel aller privaten — und selbstverständlich auch aller öffentlich-rechtlichen — Wirtschaftsarbeit würde, würden sich Unternehmung und Handel zwar zunächst bedeutend verändern müssen. Aber die gesamte Wirtschaft würde gesunden. Ihre Leistungskraft würde gewaltig steigen. Und mit der Gesundung des Inlandshandels würde die des Auslands-handels Schritt halten; denn Deutschland müßte bei zunehmendem Eigenverbrauch an Waren in stark steigendem Umfange Rohstoffe — und nicht nur lediglich Rohstoffe — vom Ausland einführen, die letzten Endes gar nicht anders als mit Ausfuhrware bezahlt werden könnten. Nicht, daß die heutigen schweren Wirtschaftsunmöglichkeiten ganz allein durch Wirtschaftsfehler verursacht werden. Aber die erkannten eigenen Wirtschaftsfelder können und müssen wir beseitigen. Verschiedene andere Ursachen der heutigen Not können wir allein nicht aus der Welt schaffen.

Einen Weg unter anderen, der zur Wirtschaftsgeundung hin-führt, stellen ganz bestimmt die Selbstversorgungseinrichtungen der Warenverbraucher dar. Noch wird die Bedeutung der wirtschaftlichen Selbsthilfe für das Wirtschaftsleben der Zukunft allgemein unterschätzt. Es gibt viele „Gegner“ der Verbraucherbewegung; nicht nur bei Unternehmern und Händlern, auch sogar bei den Verbrauchern selbst. Die Bestrebungen der Verbraucher, den Erwerbs- und Gewinngeist, der die gesamte Wirtschaft beherrscht, nach und nach durch den Geist gemeinnützigen Dienens zu ersetzen, sind in jeder Hinsicht sittlich einwandfrei und zugleich wirtschaftlich und gesellschaftlich durchführbar. Die meisten entbehrlichen Kosten verursacht die Warenverteilung dem Volke. In der Warenherzeugung und weiter auch in der öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit könnte auch viel sparsamer gewirtschaftet werden. Aber hier sieht man wenigstens die Anfänge einer erstrebten Besserung. In der sogenannten Rationalisierung der Betriebsarbeit ist hier wo dort sogar manches übertrieben worden. Die Wirtschaftsvernünftigung dürfte nicht überstürzt und auch nicht zu ausschließlich mit ausländischem Gelde vorgenommen werden. Vor allem aber kam es immer in der Hauptsache darauf an, die viel zu hohen deutschen Verbraucherpreise durch Rationalisierung zu senken. Die freie Wirtschaft hat sich dieses Ziel nicht oder doch nicht in erster Linie gestellt. Das wird für sie die übelsten Nachwirkungen haben, denn heute wird das Wollen und Tun der Wirtschaft viel aufmerksamer von der Öffentlichkeit beobachtet als früher. Die Genossenschaftswirtschaft muß selbstverständlich auch mit Entschiedenheit den Rationalisierungsgeboten befehlen. Da sie von sich aus schon auf gemeinsinniges Dienen eingestellt ist, kann sie kaum gegen seinen Sinn und sein Wesen verstoßen. Immerhin wird sie diesen bedeutungsvollsten Wirtschaftsgeboten der Gegenwart ohne Uebertreibung mit großer Vorsicht in Taten umzusetzen versuchen müssen. Das Sprichwort „Durch Schaden wird man klug“ bewahrheitet sich auch in der Rationalisierung. Jeder an sich gute Gedanke kann durch Einseitigkeiten, Uebertreibungen und andere Fehler in das Gegenteil verkehrt werden. Es scheint danach, daß hauptsächlich der Profitwille in der Wirtschaft der Verbraucher-schaft um so gefährlicher wird, je mehr die privaten Wirtschaftskräfte sich organisatorisch zusammenschließen.

Die Genossenschaftswirtschaft ist natürlich auch längst nicht vollkommen. Dazu ist sie viel zu jung. Aber ihr gewaltiges Wachstum, besonders seit Kriegsende, spricht dafür, daß diese Wirtschaft im Kerne gesund ist. Sie hat vor allem Ideale, die ihre sittlichen Kräfte und auch ihre wirtschaftlich-technischen Kräfte immer wieder von neuem stärken. Einer Gemeinschaft zu dienen, ist unendlich viel mehr als sich selbst zu dienen. Für liberalistische freie Wirtschaft ist das Wohl aller die Summe des Wohls der einzelnen Berufstätigen. „Jeder ist sich selbst der Nächste“, dieser Wirtschaftsgedanke wird innerlich wurzlos, wenn das alte Freiheitsideal aufgegeben wird, wie es mehr und mehr geschieht. Die private Wirtschaft ist dabei, sich selbst das Grab zu graben. Monopolwirtschaft mit dem Ziele der Bereicherung Weniger ist ein Widerspruch in sich selbst. Keine Gemeinschaft kann auf die Dauer bei solchen Grundätzen gedeihen. Die ehemals freie private Wirtschaft würde wahrscheinlich heute noch viel weiter entgleist sein, wenn es keine wachsende Genossenschaftswirtschaft gegeben hätte. Es ist schon erlaubt, die wirtschaftliche Selbstversorgungswirtschaft das Gewissen der gegenwärtigen Volkswirtschaft zu nennen. A. Schapp.

Güterüberfluß oder Gütermangel?

Es wäre sehr reizvoll, einmal zu erfahren, wieviele Gehirne in der Welt sich mit der Wirtschaftslage und der Möglichkeit ihrer Besserung befassen. Aufschlußreich wäre zugleich, wieviel Papier und Druckerwärme der Behandlung dieses Stoffes geopfert werden. Die Wirtschaft ist und bleibt das Primäre und alles gruppiert sich um den Fragentempel, wie der Mensch lebt, wie er arbeitet, sich ernährt, wohnt und kleidet. Vorschläge in Massen werden gemacht, wie dem Uebel abgeholfen werden kann, daß auf der einen Seite Not und auf der andern Ueberfluß vorhanden ist. In der Abwendung dieser alles niederdrückenden Wirtschaftskrise begehrt man den mannigfaltigsten Vorschlägen. Die bekanntesten laufen auf eine Einschränkung der Produktion hinaus, weil die Meinung vorherrscht, daß zuviel produziert wird. Man stellt das Ergebnis der Produktion und die vorhandene Größe des Verbrauchs gegenüber und erklärt dann, daß hier nur durch Einschränkung der Erzeugung ein Ausweg aus dem Dilemma gefunden werden könne. Diese primitiven Vorstellungen von der Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen vor allem zu einer seelischen Verfassung, die in einer Angst vor der Produktion ausläuft. Namhafte Kräfte zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise werden dadurch von vornherein gelähmt.

Man reitet besonders gern auf der sogenannten Kaufkrafttheorie herum. Der Ausbruch der amerikanischen Wirtschaftskrise ist den Befürwortern dieser Theorie ein willkommenes Anlaß, die Kaufkrafttheorie in Grund und Boden zu verdammen. In Verfolg solcher Anschauungen kommt man zu der Ueberzeugung, daß nicht zuwenig, sondern zuviel verbraucht wird. In der März-ausgabe des „Kunstwart“ befindet sich ein Artikel, der sich mit den Gefahren der Konsumkrafttheorie beschäftigt und als so wertvoll erachtet wird, daß ihn mehrere Zeitungen nachdrucken. Hören wir einmal den Vertreter eines ausgeprochenen Pessimismus, was er über das Thema Produktion und Verbrauch zu sagen hat:

„Das Jammern über den nachgelassenen Konsum ist um so verwunderlicher, als wir doch gradeweis aus einer Zeit kommen, in welcher der Konsum gegenüber der Vorkriegszeit quantitativ, vor allem aber qualitativ rapid gestiegen ist. Man zeige uns den Durchschnittsmenschen, dessen Lebenshaltung nicht im ganzen, mindestens aber auf verschiedenen Gebieten über der Vorkriegszeit liegt. Und selbst da, wo er persönlich nicht besser lebt, da nimmt seine Lebenshaltung über die seiner Kinder teil an dem Standard, den die öffentliche Hand in irgendeiner Form geschaffen hat. Wir brauchen nur einige Gebiete zu nennen, um anzudeuten, was wir meinen. Kosmetik, Seide und Kunstseide, Auto, Radio, Grammophon, Vergnügungen, Gaststätten, Schulwesen, Sport, Hygiene, Sozialgesetzgebung usw. In Wahrheit kam auf den deutschen Tisch seit Jahren vorgegebenes Brot. Wir haben nicht zuwenig, sondern zuviel verbraucht für unsere Verhältnisse, in jeder Weise und an jedem Ort. Der einzelne wie der Stand, der Staat, die Gemeinde.“

In dieser Weise geht es den ganzen Artikel hindurch. Der Verfasser ist von dem übernatürlich gestiegenen Verbrauch überzeugt. Die riesenhaften Vorräte auf allen Gebieten der Warenherzeugung scheinen ihn in seinen fatalistischen Anschauungen nicht gestört zu haben. Er urteilt nach den Gedanken unserer Großväter, die der Meinung waren, daß der einzelne und das Volk sich nur durch Einschränkung, äußerste Sparsamkeit und Verzicht auf jeglichen Genuß emporarbeiten vermögen. Das typische altpreußische Großhugern! Kein Wunder deshalb, wenn solche Leute zu folgender Prophezeiung gelangen: „Die Krise wird in Deutschland auf keinem anderen Weg zu beseitigen sein als auf dem natürlichen, aber grausamen und harten, daß wir solange sparen, hungern, entbehren, arbeitslos sein müssen, bis wir wieder das Brot essen können, das wir erst verdient und bezahlt haben, und bis wir von dem Wenigen, was wir verdienen, auch etwas beiseite gelegt haben, um mit echtem Kapital wieder produzieren zu können.“ Das ist die Lebensphilosophie eines ausgesprochenen Skeptikers, die er mit aller Brutalität ausdrückt und die in zahlreichen Unternehmergehirnen Anflug findet.

Es wäre wirklich traurig, wenn die Menschheit nur aus solchen Pessimisten bestände. Wir wären vielleicht noch auf der Entwicklungsstufe von vor 50 Jahren, hätten nicht kühnere Naturen die Entwicklung der Menschheit mit einem Schläge vorwärts gestoßen. Ehe wir unsere eigene Meinung dazu sagen, möchten wir einmal einen Vertreter der gegenteiligen Meinung zu Worte kommen lassen. In der Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe 259/261, befindet sich ein Artikel von Prof. Wilhelm Böpfle über das Thema „Die Angst vor der Produktion“. Der Verfasser dieses Artikels sieht das objektive Hauptsymptom der Krise, den Abfall der Produktion, in der Erlahmung der Energie zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Diese wirkt sich in der Angst vor der Produktion aus. Doch lassen wir den Verfasser selbst sprechen:

„Der Satz, daß die Produktion der Konsumtion davongelaufen und daß dadurch die Krise verschuldet sei, kann nichts anderes bedeuten, als daß offenbar von allen Gütern zugleich zuviel produziert worden ist. Wäre das richtig, so wäre offenbar der Sinn alles Wirtschaftslebens auf einer auf Ueberwindung der ewigen Güternknappheit gerichteten Tätigkeit auf den Kopf gestellt. Davon kann jedoch ernstlich nicht die Rede sein. Die Versorgung der breiten Massen steht, gemessen an dem Standard, der heute in den oberen Einkommensschichten als notwendig angesehen wird, noch immer auf so beklagenswert niedrigem Stande, daß kaum eine Verzehnfachung der bisherigen Produktion genügen würde, um die Spannung auch nur einigermaßen auszugleichen. Bis dahin hat es nicht den geringsten Sinn, über die Notwendigkeit zu streiten, daß alle Produktivkräfte, über die wir nur irgend verfügen, in den Dienst des Kampfes gegen den Gütermangel gestellt werden müssen. Wir

können also niemals zuviel Arbeitskräfte im ganzen haben, sondern nur zuwenig, nicht zuviel Maschinen, sondern zuwenig, nicht zuviel Rationalisierung, sondern zuwenig.“

Professor Köpke ist Mitglied der von der Regierung eingesetzten Kommission zum Studium des Problems der Arbeitslosigkeit. Wir sind geneigt, seinen Anschauungen voll zuzustimmen. Es ist in der Tat so, daß, gemessen an dem Lebensstandard, der heute bei den oberen Einkommensschichten als notwendig angesehen wird, die Lebenslage der unteren Schichten sehr schlecht ist. Auch stimmen wir dem Verfasser darin zu, daß der Kampf gegen den Güterüberfluß in Wirklichkeit ein großer Unsinn ist. Aber damit vergleiche man einmal die oben zitierten Ausführungen, die aus Gedankengängen der frühkapitalistischen Periode geboren sind und heute noch in breiten Schichten lebendig sind. Ganz richtig führt Köpke die Wirtschaftskrise, d. h. die Freilegung von Arbeitskräften, auf den Produktionsüberfluß auf der einen Seite und den Mangel und die Not auf der andern Seite auf funktionelle Störungen zurück. Er vergleicht sie mit dem deutschen Heer im Kriege, wo infolge Organisationsstörungen Truppenverbände außer Aktion blieben, während sie an anderen Stellen der Front bitter entbehrten wurden. Der Verfasser ist auch gegen die Streckung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit. Er findet die Angst vor der Produktion absurd, „absurd die Anschauung, daß wir uns auf eine Streckung der Produktionsaufgaben einzurichten hätten, und absurd den Kampf gegen alle Befürchtungen, den Produktionserfolg zu verbessern“. Nur eins vermiesen wir, den Ausweg aus diesem Dilemma. Man mag über die Kaufkrafttheorie jagen, was man will, man wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß gehobene Kaufkraft ein Ventil ist, um den Güterüberfluß zum Abfließen zu bringen. Ganz richtig ist es, wenn man sich, wie Prof. Köpke, gegen die Ueberproduktionsmache wendet, aber unvollkommen bleibt die Kritik überholter Anschauungen, wenn man den Weg nicht bis zum Ende geht. Der Endpunkt einer gesunden Wirtschaftsbetrachtung liegt in dem Gedanken, die Bevölkerung im ganzen so kaufkräftig zu machen, daß sie durchaus in der Lage ist, alle menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Ein solcher Zustand verhindert Warenstaunungen und schafft Wohlstand für alle. Die Produktionsausweitung und die daraus sich ergebende Güterfülle sind dann kein Problem mehr, sondern ein durchaus natürlicher Entwicklungsgang, um die Menschheit zu immer höherer Kultur zu führen. Das Anrecht eines jeden einzelnen Menschen auf die Schöpfungen der reichlich fließenden Güterproduktion sollte ein Naturrecht sein, dessen Inanspruchnahme von keiner Stelle verweigert werden kann. Die Behauptung, die deutsche Bevölkerung verbrauche zuviel und lebe über ihre Verhältnisse, enttamt dem Gedankenkreis von Leuten, die sich die menschliche Gesellschaft nur aus einer prassenden Oberflächlichkeit und darben den Massen vorstellen. Es mutet einen an, als hätte man sie vor hundert Jahren vergessen, zu begraben.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung

Die sogenannte Brauns-Kommission hat in dem ersten Teil ihres Gutachtens zur Arbeitslosenfrage die bekannten Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Das bisher erstattete Gutachten ist nunmehr in einer Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes erschienen. Die Gutachter-Kommission rechnet damit, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden in bestimmten Berufen die zusätzliche Beschäftigung von 730 000 Arbeitern zu erwarten sei. Werden von dieser Summe mit Rücksicht auf örtliche und andere Schwierigkeiten mindestens 20 v. H. in Abzug gebracht, so dürfte mit 600 000 Neueinstellungen zu rechnen sein. Allerdings wird auch hier wieder auf die Bedenken eingegangen, die die Unternehmung zu dem Gedanken der Verkürzung der Arbeitszeit gemacht haben. Deshalb wird auch der Reichsregierung nur empfohlen, mit Hilfe eines sogenannten Ermächtigungsgesetzes die Beschränkung der Arbeitszeit für einzelne Gewerbegebiete oder Berufe anzuordnen. Die Frage des Lohnausgleichs wurde von der Kommission offen gelassen. Die Kommission erklärt, daß in der gegenwärtigen Krise eine Erhöhung der Gesehungslohn im allgemeinen nicht tragbar sei. Es müsse von Fall zu Fall geprüft werden, inwieweit sich ein gerechter Ausgleich auf anderem Wege erreichen lasse. Hierzu ist zu sagen, daß der Lohnausgleich eine Frage ist, welche die Arbeiterschaft außerordentlich interessiert. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um einen Tag je Woche hat für die betroffene Arbeiterschaft eine empfindliche Lohneinbuße zur Folge. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß überall dort, wo es angängig ist, auf einen Lohnausgleich hingewirkt werden muß. Es gibt eine Reihe Industrien, die fähig sind, einen Lohnausgleich vorzunehmen. Durch die Beseitigung des Doppelverdienens glaubt die Kommission, daß 280 000 Arbeitsplätze freigemacht werden können. Bei der eigentlichen nebenberuflichen Tätigkeit könnten 50 000 Arbeitsplätze für voll erwerbsfähige Personen freigemacht werden. Die Entfernung von Rentenempfängern könnte Platz für 225 000 Arbeitskräfte schaffen. Werden die erwerbstätigen Frauen von ihren Arbeitsplätzen entfernt — soweit es sich um Doppelverdiener handelt —, so würden 60 000 Arbeitsplätze frei. Diese Schätzungen der Kommission können nur theoretisch betrachtet werden. Die Frage der sogenannten Doppelverdiener ist eine heikle Angelegenheit. Nimmt man z. B. die Textilindustrie, wo zahlreiche verheiratete Frauen seit Jahrzehnten beschäftigt sind, so ist es fraglich, ob diese eingearbeiteten Kräfte durch neue ohne Schaden ersetzt werden können. Der Verdienst in der Textilindustrie ist in vielen Gegenden so gering, daß die Frau gezwungen ist, mitzuarbeiten. Immerhin sind die Vorschläge der Kommission, namentlich soweit die Arbeitszeitverkürzung in Frage kommt, der Beachtung wert. Mit dem Ziel im Auge, die Arbeitslosigkeit soweit es geht zu mildern, muß versucht werden, bei Vermeidung von Härten die gemachten Vorschläge durchzuführen.

Trost in der Notzeit: wir werden gesünder und größer

Genauere Beobachtungen über die Gesundheit und Körperbeschaffenheit der Europäer haben zu der Tatsache geführt, daß die europäische Bevölkerung an Körpergröße zunimmt und die Gesundheit immer besser wird. Der heutigen Generation geht es trotz Wirtschaftskrise und sonstigem besser als ihren Vätern und Großvätern. In Holland hat man bei den Militärrekruten seit einem halben Jahrhundert die Erfahrung gewonnen, daß die Menschen immer größer werden. Man hat sich deshalb entschlossen, das Mindestmaß für Rekruten von 155 auf 160 hinaufzudrücken. Bei drei Fünfteln der holländischen Bevölkerung übersteigt die Körpergröße schon 1,70 Meter. Der „BBC“ bemerkt zu dieser Meldung folgendes: „In Deutschland hat man während der ganzen Dauer der allgemeinen Wehrpflicht diese Erfahrung gleichfalls gemacht; weder die vielgeschmähte Verstäubung und Industrialisierung, noch selbst die Folgen des Krieges haben daran auf längere Zeit etwas ändern können. Wir würden erstaunt sein, könnten wir sehen, wie schmächtig im Vergleich zu ihren heutigen Altersgenossen die jungen Männer waren, die 1813 in den Freiheitskrieg zogen; es läßt sich nachweisen. Und noch größer wäre die Verblüffung beim Anblick der Ritter und Knappen des Mittelalters, deren Harnische, man hat es erprobt, jedem gut gemachten Europäer von heute zu eng sein würden. Die jetzt lebende Menschheit ist körpergrößer, weil besser genährt und „erleichtert“, als in irgendeiner nachprüf-baren Vorzeit. Es geht ihr also, trotz allem, auch besser.“

Es kann gar nicht bestritten werden, daß die heutige Lebensweise der Menschen zur Gesunderhaltung und Erquickung sehr viel beiträgt. Dies liegt nicht zuletzt auch an der Ausbreitung des Sports und der Sportmöglichkeiten. Die Gewerkschaften haben nicht gering zu dieser Entwicklung durch die Verkürzung der Arbeitszeit und anderen Erzeugnissen beigetragen.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Was müssen Eltern und Lehrlinge vom Lehrvertrag wissen?

Die sogenannten „gesetzmäßigen Körperkassen“ versuchen in steigendem Maße, die Regelung der Lehrverhältnisse in ihre Hand zu bekommen und sie dem Einfluß und der Kontrolle der beruflichen Gewerkschaftsorganisationen und damit der tariflichen Regelung zu entziehen. Wie wenig diesen Körperkassen diese einseitige Haltung rechtlich zukommt, ist des öfteren schon nachgewiesen worden. Wie wenig sie aber auch in der Praxis den Lehrvertrag als „Erziehungsvertrag“ respektieren bzw. einseitig autoritär zu ihren Gunsten auszulegen wissen, davon kann jede Lehrlingsgeneration ein Lied singen, das meist nicht zugunsten der einzelnen Unternehmern und ihrer „gesetzmäßigen Körperkassen“ klingt.

Da die ins Berufsleben tretenden Lehrlinge kurz vor dem Abschluß eines Lehrvertrages stehen, so sei ihnen und ihren Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten ein kurzer Abriss über die Rechte mit auf den Weg gegeben, um den vielen nachträglichen Konflikten, die aus einem nicht ordnungsgemäß geschlossenen Lehrvertrag und der Unkenntnis des Rechtsverhältnisses entstehen, rechtzeitig vorzubeugen.

1. Beim Eintritt in eine Lehre ist zu beachten, daß die Probezeit die gesetzliche Höchstgrenze von einem Vierteljahr nicht überschreiten darf. In der Regel ist eine Probezeit von 4 bis 6 Wochen als angemessen zu bezeichnen. Während der Probezeit kann das Lehrverhältnis von beiden Seiten gelöst werden; Schadenersatzansprüche können von keinem Teil erhoben werden.
2. Ist auf jeden Fall darauf zu dringen, daß ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen wird. Für gewerbliche Lehrlinge sind die Vorschriften der §§ 126 ff. der Gewerbeordnung und für Handelslehrlinge die §§ 59 ff. des Handelsgesetzbuches maßgebend.
3. Beim Abschluß eines Lehrvertrages ist darauf zu achten, daß die Höhe der Bezahlung und des Urlaubs nach dem jeweils geltenden Tarifvertrag erfolgt. In den Fällen, wo ein Tarifvertrag nicht besteht, sollte dies ebenfalls nicht unterlassen werden, wobei darauf geachtet werden muß, daß die von den Handwerks- bzw. Handelskammern festgesetzten Richtsätze der sogenannten Erziehungsbeihilfen im Einzelfalle nicht unterboten werden.

4. Sollte beim Lehrverhältnis nach Möglichkeit darauf bestanden werden, daß der Lehrherr die Beiträge für die Einrichtungen der Sozialversicherung trägt. Kann dies nicht erreicht werden, so gelten folgende gesetzliche Bestimmungen:

- a) in der Krankenversicherung gehen zwei Drittel zu Lasten des Lehrlings und ein Drittel zu Lasten des Lehrherrn. Für den Fall, daß keine Erziehungsbeihilfe gewährt wird, ist der Lehrling ebenfalls krankenversicherungspflichtig. In diesem Falle entfällt zwar im Krankheitsfalle das Krankengeld, doch bleiben die übrigen Leistungen der Krankentasse bestehen;
- b) in der Invalidenversicherung sind alle Lehrlinge zu versichern, die Entgelt erhalten. Lehrlinge, die kein Entgelt oder nur freie Station erhalten, sind nicht versicherungspflichtig. Sofern der Lehrling nicht mehr als 6 Mark wöchentlich erhält, sind die Beiträge in vollem Umfang vom Lehrherrn zu tragen;
- c) in der Angestelltenversicherung gehen die Beiträge in vollem Umfang zu Lasten des Lehrherrn;
- d) in der Unfallversicherung gelten auch für Lehrlinge die allgemeinen Bestimmungen. Bezüglich der Renten ist zu beachten, daß sich diese erhöhen, so bald das 21. Lebensjahr erreicht ist.
- e) Für die Arbeitslosenversicherung gelten die Bestimmungen des § 74 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAV): Versicherungsfrei ist die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer. Wird das Lehrverhältnis vorzeitig beendet, der Lehrling aber bei einem anderen Lehrherrn auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages mindestens für den Rest der zweijährigen Dauer weiter beschäftigt, so ist auch diese Beschäftigung versicherungsfrei. Dem schriftlichen Lehrvertrage steht die schriftliche Anzeige an die Handwerkskammer nach § 126b Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 30. Mai 1908 (Reichsgesetzbl. S. 356) gleich. Versicherungsfrei ist die land- und forstwirtschaftliche Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens einjähriger Dauer. Die Versicherungsfreiheit erlischt 12 Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Die Beiträge entfallen je zur Hälfte auf den Lehrherrn und den Lehrling. Liegt ein versicherungsfreies Lehrverhältnis vor, so hat dies der Lehrherr unter Befugung des schriftlichen Lehrvertrages der zuständigen Krankenkasse schriftlich mitzuteilen. Die Antragsformulare auf Befreiung werden von den Krankenkassen ausgegeben. Bei kürzeren oder nicht schriftlichen Lehrverträgen ist der Lehrling versicherungspflichtig.

Aus der zuletzt angeführten Tatsache ergibt sich schon, wie wichtig und notwendig es ist, auf Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages zu dringen.

Berufsunfälle der Jugendlichen

Die fortschreitende Technisierung und Rationalisierung der Betriebe in Verbindung mit der zunehmenden Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erfordert steigende Opfer. Notwendiger denn je ist daher der Ausbau des Unfallsschutzes, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt sind. Nicht dringend genug kann auch die Mahnung an die Arbeiter gerichtet werden, bei der Ausübung ihrer Berufsarbeit Vorsicht walten zu lassen. Besonders die Jugendlichen, die das Leben noch vor sich und große Aufgaben zu erfüllen haben, tun gut, wenn sie auf die Vorschriften achten und nicht gedankenlos ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Man muß leider feststellen, daß die Zahl der jugendlichen Berufsoffer außerordentlich hoch ist. In vielen Berufsgruppen ergibt die prozentuale Berechnung einen weit höheren Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Unfallverletzten als der der Erwachsenen. Es sind dies nicht etwa nur solche Berufe, die viele Jugendliche, hauptsächlich Lehrlinge, beschäftigen.

Die folgende Tabelle, einer Statistik des Gewerbeaufsichtsamtes Leipzig entnommen, zeigt den starken Anteil der Jugendlichen an den Unfällen:

Gruppe	Jugendliche v. H.	Erwachsene v. H.
Industrie der Steine und Erden	9,6	7,9
Eisen- und Metallgewinnung	36,2	22,6
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	10,2	6,9
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	14,1	8,5
Chemische Industrie	6,6	7,0
Textilindustrie	4,7	4,2
Papierindustrie und Veredelungs-gewerbe	4,8	3,7
Leder- und Linoleumindustrie	4,3	5,0
Kautschuk- und Abbestindustrie	3,7	3,6

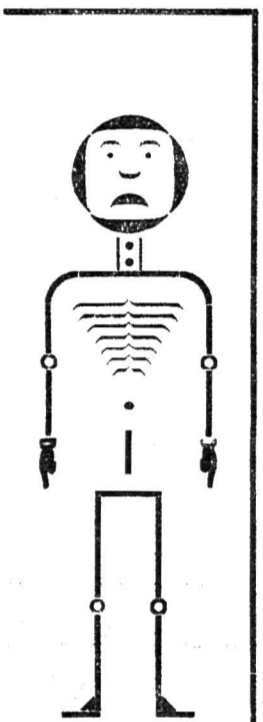
Diese Feststellungen reden eine deutliche Sprache. Sie sind eine Mahnung an die Jugendlichen. Nur in der chemischen und Lederindustrie ist der Anteil der Jugendlichen an den Unfällen geringer als der der Erwachsenen, in den anderen hier angeführten

Berufsgruppen ist er erheblich höher. Mit dem von den Unternehmern behaupteten Argument, daß der Unfall zumeist selbstverschuldet ist, läßt sich diese Erscheinung nicht erklären. Um die teure Arbeitskraft zu sparen, werden die Jugendlichen häufig zu verbotenen Arbeiten herangezogen, darauf sind die meisten Unfälle zurückzuführen. Die Jugendlichen müssen selbst darauf dringen, daß die Unfallverhütungsvorschriften beachtet werden. Auch sollen sie sich nicht zu verbotenen Arbeiten drängen und damit dem Unternehmer den Vorwand geben, die Beschäftigung gegen die Vorschriften auszudehnen. Wer verunglückt ist und ein oder mehrere Glieder eingebüßt hat, hat sein Leben lang daran zu tragen.

Die Zahl der Jugendlichen, die in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben beschäftigt sind, beziffert sich auf etwa 900 000 bis eine Million. Für sie gelten besondere Bestimmungen. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen 8 Stunden. In Ausnahmefällen kann die Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren um eine, für Jugendliche über 16 Jahre um 2 Stunden überschritten werden. Das Verbot der Nachtarbeit gilt nicht für Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Die Sonntagsruhe ist unbedingt zu halten. Die Unfallverhütungsvorschriften enthalten noch besondere Bestimmungen, die in den Betrieben ausgehängt werden müssen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche muß auch von den Jugendlichen begrüßt werden. Auch dadurch wird die Unfallziffer wesentlich verringert. Lange Arbeitszeiten mit der dadurch entstehenden Ermüdung vermehren die Unfälle.

„Beitrag zahlen? Ausgeschlossen!“



Quatel sprach: „Ich bin ein Mann, der sich selber helfen kann. Ich kann schaffen. Um das Morgen quälen mich auch keine Sorgen.“

Mich bezaubert kein Verband, denn ich bin noch bei Verstand. Beitrag zahlen? Ausgeschlossen! Den verpressen die Genossen!

Ehe mich um dieses Geld ein korrupter Bönze preßt, will ich lieber es verkaufen oder mir was Gutes kaufen.

Besser noch: Wenn Jahr um Jahr ich den Beitrag mir erspar', kann in dreißig, vierzig Jahren ich mir ein Vermögen sparen.

Etwa dreißigtausend Mark ist dann mein Vermögen stark. Eine gute Altersrente sichern mir schon die Prozente.“

So sprach Quatel noch und noch, bis ihn das Verhängnis roch. Rheuma trotz ihm in die Knochen, dadurch kam er in die Wochen.

Bald ging seine Rechnung schief: Er bekam den blauen Brief. Krank, Erwerbslos. Kein Kollege kreuzte hilfsreich seine Wege.

Quatel (siehe Zeichnung) blieb wadlig wie sein Sparprinzip. Quateln und den Beitrag sparen heißt: sich Spreu und Disteln streuen!

Wittor Kalinowski.

Nach einer Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände arbeiteten von 91 000 Jugendlichen 10 Prozent mehr als zehn Stunden täglich. Rund 23 000 erhielten keinen Urlaub. Daraus geht deutlich hervor, daß die bestehenden Bestimmungen nicht überall beachtet und durchgeführt werden. Besonders in den kleinen Betrieben werden die Schutzbestimmungen wenig beachtet.

Erfreulicherweise erkennen auch die Jugendlichen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr an. Dadurch kann der Mißachtung der Schutzvorschriften wirksamer entgegengetreten werden. Nur dort, wo die Jugendlichen gut organisiert sind, ist die Gewähr gegeben, daß die Arbeitszeit eingehalten und sie nicht zu verbotenen Arbeiten herangezogen werden. Der jugendliche Arbeiter muß selbst darauf bedacht sein, Leben und Gesundheit, die für ihn solchen großen Wert haben, zu schützen. Die gesunde Arbeitskraft ist das Wertvollste, was er besitzt.

British Museum

Von Erich Gripar.

Man mag in das Leben der großen Städte noch so verliebt sein, einmal wird man es leid. Einmal kommt der Augenblick, wo alles das, was wir als den schwingenden Rhythmus der Zeit, als die Kraft der Gegenwart und die atemberaubende Spannung der Technik bewundert haben, uns über ist. Dann geht man ins Theater. Aber wenn man die Sprache des Landes, in dem man lebt, nicht vollkommen beherrscht, hat man auch da nicht mehr als die Geize.

So kam ich ins Britische. Nichts als Ruhe suchte ich hier. Ruhe nach Tagen der Hitze, Sammlung nach Stunden stärkster Eindrücke, aber ich fand mehr. Ein neues konzentriertes Leben sprach mich an. Es war totes Leben, aber in der Erinnerung und von diesem Platz aus gesehen, schien mir das Leben auf den Straßen der Weltstadt schlimmer als tot. Es schien mir leer. Hier jedoch verging alles vor Spannung. Scheinbar ruhig und unberührt lagen da die Dinge, die als Schaustücke für lernwütige und wohl auch beßwütige Europäer hiehergebracht wurden und die mich nun mit ihren Spannungen und Kräften, mit denen sie in Jahrzehnten sich aufgeladen, in ihren Kreis hineinzogen.

Eine alte Kette, die irgendwann einmal eine Frau beglückt und erfreut, lag da. Nichts von dem Leben, das sie einmal verschönt, war um sie und doch, unwillkürlich sah ich einen Hals, einen Arm, dessen Geschmeidigkeit und Schönheit durch das Gewicht und den Glanz dieser Kette erhöht wurden.

Südseeinsulaner haben vor Jahrhunderten einen Baumstamm ausgehöhlt und in ihm sich mühsam von ihrem Ufer losgetastet, neue Ufer zu suchen, neue Menschen zu finden. Nun liegt hier, unter Glas und sorgfältig präpariert ein primitives Boot und erzählt seine Geschichte. Eine Geschichte erzählt auch der Stein, der irgendwann einmal den Hammer ersehte.

Ein Schädel, den Bewohner der neuen Hebriden vom Kumpfe ihres Feindes abgetrennt und präpariert haben, grinst mich an. Er ist tot, aber eine unheimliche Atmosphäre ist um ihn, die das Tote leben macht, und das Lebende dem Tode näher bringt. Denn tot ist alles, was hier liegt. Seinem Verwendungszweck, für den es gemacht, entzogen, aber dennoch, wieviel Leben spannt sich hier. Wieviel unvollendetes Leben wartet hier auf seine Vollendung.

Ein ganzer Kasten voll giftiger Pfeile liegt da. Die Menschen, die mit ihnen sich bedrohten, sind lange hingegangen, ihre Feindschaft ist erloschen, neue Fronten haben sich gebildet, aber hier liegen, gefährlich wie am ersten Tage, die Pfeile, die jeden mit Tod bedrohen, der sie berührt.

Aber nicht nur der Haß lebt fort, mit dem lange verstorbene Menschen sich bedrohten, auch die Freude, die irgendein Künstler gefunden auf dieser Welt, lebt fort in einer Maske, deren blassen Backen man ansieht, daß ihr Schöpfer guter Laune war, da er sie schuf. Mag sein, daß er gut gegessen an jenem Tage, vielleicht verhielt ihm die Frau seiner Liebe das Glück der Gewährung. Wir haben teil an diesem Glücke, denn über die Jahrhunderterte hinweg steht die gute Laune des Künstlers uns an mit ihrem Humor. Und ist der Künstler auch nie zu dem Glück gekommen, das er sich erhoffte in jener Stunde, da er seine Lebensfreude in diese kleine Maske legte, wir schöpfen doch daraus, und jeder der nach uns kommt, freut sich mit an dem kleinen, lange vergangenen Glück.

Andere Masken liegen da. Stoßige Masken, die nichts von der Leidenschaft verraten, die hinter ihnen sich einmal verbarg, und solche, durch die gebückt der Mund eines Japaners die Leidenschaft ausdrückte, die auszudrücken der unmaskeierte Mund sich nicht getraut. Verleibung der Seele. Und daneben wieder Dinge, die der Verkleidung des Körpers dienen. Dünne, leichte Gurte, hinter denen die Scham der Südländer sich verbarg und die dicken Pelze des Eskimos.

Der Mumienaal. Ein großes phantastisches Schauhaus der Toten. Aber während sonst nur die Vermisten der Armen, jene, um deren Leichnam niemand sich kümmert, im Schauhaus liegen, liegen hier die Großen eines vergangenen Volkes. Sie wollten die Form ihres Körpers vor der Vergänglichkeit des Todes bewahren und sind nun, dem profanen Blicke der Neugier und des Wissensdurstes, dem sie sich durch alle Mittel, die die Macht ihnen verlieh, entziehen wollten, preisgegeben.

Die Leiche eines Fellschens liegt dicht neben den Königen. In einer Sandgrube liegt sie, so wie man sie fand vor Jahrtausenden, in hockender Stellung. Das Fleisch ist braun geworden, aber genau erkennt man, daß hier einer getötet wurde von Räubern. In dem zerfallenden Skelett einer Frau, da, wo die Vorkammer des Lebens war, sieht man die feinen Knochen eines ungeborenen Kindes. Ein ganzes Schicksal steht auf.

Dann ein Saal voller Porzellane. Tassen stehen da und Teller, bunt bemalte Gefäße und herrliche Schüsseln, aus denen es gut geschmeckt hat denen, die lange nicht mehr sind.

Noch ein Saal voll alter Rüstungen, kostbare Ringe, mit denen ein vergangenes Geschlecht sich schmückte, dann sind es Bücher, die um Beachtung bitten. Bücher aus allen Zeiten und Gegenden der Welt. Geschrieben und gedruckt. Getracht auf Metallstreifen und Holzpläne, mühsam mit dem Pinsel gemalt und gestochen in winziger Schrift. Da liegt der Koran. Mit großen Pinselstrichen in ein Nischenbuch gemalt und daneben das gleiche Buch in kunstvollster kleinster Schrift. Bibeln sind da und wichtiger als diese, die herrlichen Bilder, die früher das Lesen des Buches der Bücher zu einer Lust gemacht haben, die heute mit dem Lesen der am laufenden Band hergestellten Dreimarktbibeln nicht mehr verbunden ist. Dafür jedoch haben wir die Taffies, die zu verstehen man nicht mal mehr lesen können muß. Und nächstens bekommen wir unsere höheren Genüsse in einer Form bargereicht, die das Vorhandensein von Geist gleich ganz ausschaltet.

Aber dann wird niemand mehr sein, der sich an den schönen Handschriften freut, die hier ausliegen und uns in ihren Bann ziehen. Da liegt Jonathan Swifts kleine Schrift, die einen Roman auf eine Oktavseite schreibt. Wir sehen Miltons Schnörkelchrift und die Schrift der Königin Elisabeth, die Schrift Newtons bewundern wir, um uns dann an den Schriftzeichen Luthers, Michelangelos, Rembrandts und Viktor Hugos zu erfreuen. Rousseaus pedantische Schriftzeichen sind hier zu sehen und die bekanntere Schrift Goethes, Kants, Beethovens und Bachs.

Dann wieder in einem Kasten sorglich vor dem Einfluß der Luft und der Zeit bewahrt, zerfledderte Papyrusblätter.

Und Scotts Tagebücher. Hier erleben wir, was Schicksal ist. Vor diesen Schriftzeichen, die auf eine Menutarte hingeschrieben sind, Blätter, Auge in Auge mit dem Tode mit Schriftzeichen gefüllt, Nachrichten an Ueberlebende, geschrieben von einem, der nicht auf das Echo der Lebenden wartete, wie jene Literaten, die Nachwelt jagen und Gegenwart meinen.

Aber was will all dieses aufgespeicherte, in unsern Gedankten aufbewahrte Leben belegen gegen das wirkliche Leben, das die Räume dieses Museums erfüllt. Denn dieses Museum ist nicht nur lebendiger angeordnet, überzeugender aufgestellt als jedes andere Museum, das ich besucht habe, es wird auch mehr besucht. Von Alten und Jungen. Und die Jungen sind nicht immer sehr andächtig vor den Schätzen der Vergangenheit. Vor den durch große Phallusse ausgezeichneten Götzen der Regier machen sie sogar ziemlich eindeutige Witze und im Briefmarkensaal, der am meisten von Kindern besucht ist, sind sie nicht gerade die stillsten Besucher. Ich wollte mich erst darüber aufregen und ein paar Zeilen über unangebrachte Freiheiten niederschreiben, aber dann sah ich, wie gut die Kinder Bescheid wußten in diesem Hause. Wie sie hier ein Schubfach öffneten, dort eine Markentafel herauszogen, hier vorübergingen und dort stehen blieben. Wie sollten sie je zu dieser Orts- und Sachkenntnis kommen, wenn man sie hinauswürfe, oder ihnen verbieten würde, auf eigene Faust Entdeckungsreisen zu machen? Wie auch kämen so viele Erwachsene in dieses Museum, wenn sie nicht schon als Kinder den Weg hierher gefunden?

Als ich dann später durch die Stadt ging und da und dort den Einfluß der streng geformten Kunstwerke sah, die im ägyptischen Saal des British Museums aufgebaut sind, wußte ich, daß es schon sein gutes hat, wenn der Eintritt in ein Museum frei ist. Auch für Kinder.

Die Intelligenz bei Schulkindern

Eine interessante Intelligenzstatistik hat Nathaniel D. M. Hirsch durch Massenuntersuchungen an amerikanischen Schulen aufgestellt. Er hat die gleichen Schüler 6 Jahre hindurch beobachtet und verglichen und dabei festgestellt, daß die Intelligenz in den einzelnen Schülern im Durchschnitt immer die gleiche gewesen ist. Nur 5 Prozent der Kinder zeigten Schwankungen, so daß einem klugen Kinde im allgemeinen eine günstige Prognose gestellt werden kann.

Die Gefühlsbeständigkeit trat allerdings bei den intelligenteren Kindern nicht so sehr in die Erscheinung. Die weniger Intelligenzen waren gefühlsbeständiger als die Intelligenzen.

Was diese Intelligenzstatistik aber weiter fand, das war die Feststellung, daß die intelligenteren Kinder meist aus den Familien mit geringer Kinderzahl stammen. Und was endlich auch noch bemerkenswert ist, das ist der Vergleich der Intelligenz der Kinder mit dem Alter der Eltern. „Der Zeitraum zwischen den Generationen“, so schreibt der Verfasser, „nimmt im direkten Verhältnis zur Intelligenz zu.“ Das heißt, Kinder jüngerer Eltern waren im allgemeinen weniger intelligent als Kinder älterer Eltern.

Dieses Stück Wissenschaft steht noch in den Anfängen und darum ist ein Urteil nur mit Vorsicht zu geben. Aber aus dem schädigenden Einfluß des Kinderreichtums wie dem schädigenden Einfluß, den das Alter jüngerer, meist noch mit dem Leben kämpfender Menschen hat, ist wohl zu erkennen, daß die geschickte wirtschaftliche Erziehung die erste Voraussetzung zur Züchtung eines intelligenten Nachwuchses ist.